

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/129: 31.01.1933 – 31.03.1933

31.01.1933

Deutsches Reich: Erich Ludendorff, ein berühmter und berüchtigter deutscher General des Ersten Weltkrieges (sowie aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer) schreibt am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

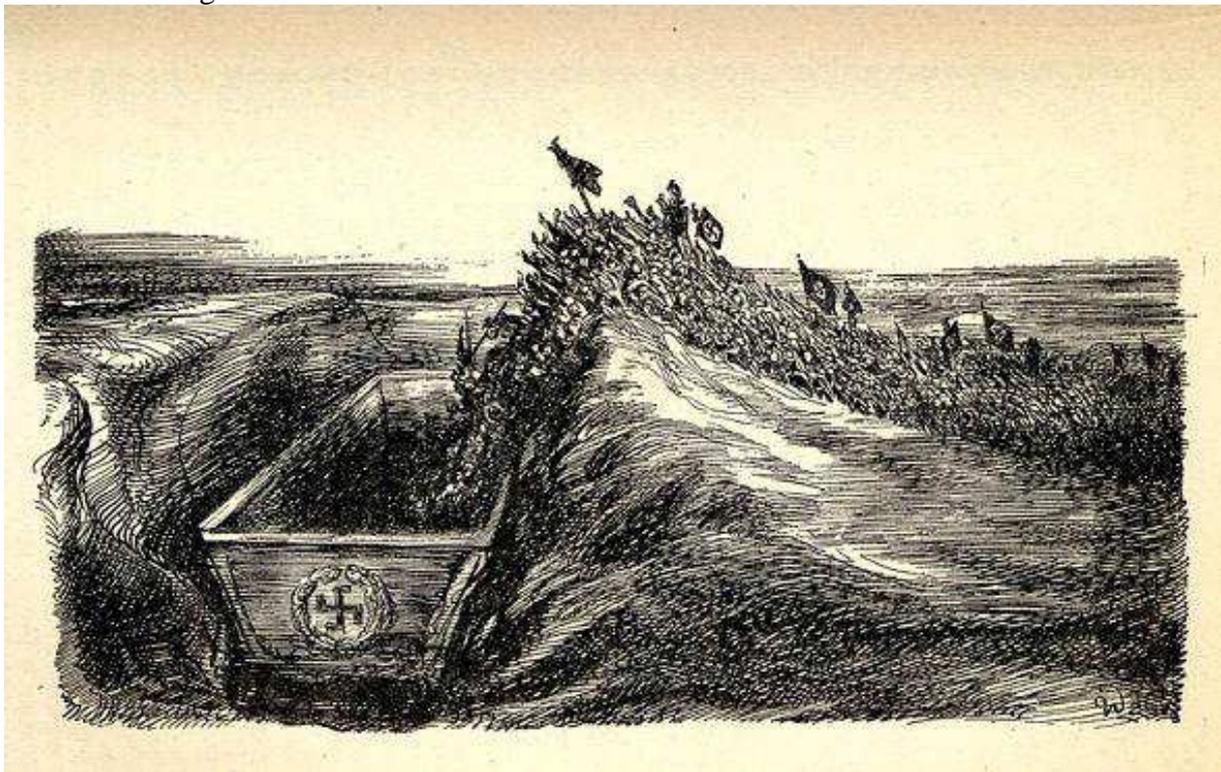


Abb. 64 (x062/461): "Hitler, ein deutsches Verhängnis", Paul Weber im Januar 1933. **Januar 1933**

Europa, Amerika: Für die meisten ausländischen Staaten ist Hitlers Regierungsübernahme vorerst nur "ein Sieg der nationalen Opposition".

Deutsches Reich: Eine Anhängerin des NS-Regimes berichtet Anfang des Jahres 1933 über ihre Erwartungen (x149/75): >>Keine Parole hat mich je so fasziniert wie die Parole von der Volksgemeinschaft. ... Ich glaubte den Versprechungen der Nationalsozialisten, daß sie die Arbeitslosigkeit und damit die Not von 6 Millionen Menschen beseitigen würden. Ich glaubte ihnen, daß sie das deutsche Volk aus der Zersplitterung von über 40 politischen Parteien zu einer Einheit zusammenführen und daß sie die Folgen des Versailler Diktats überwinden wür-

den. ...<<

Andre Francois-Poncet (1887-1978, 1931-38 französischer Botschafter in Berlin) berichtet damals in seinem Tagebuch über die chaotischen Verhältnisse im Deutschen Reich (x069/58): >>Das Reich scheint in das Chaos der Jahre 1918/19 und 1923 zurückzufallen und nochmals, ja noch ernsthafter von Anarchie bedroht zu werden. Man muß sich dieses Bild Deutschlands vor Augen halten, als die Straßen auf dem Land und in den Städten von rivalisierenden Umzügen des Stahlhelms, der Rotfront (KPD), der SA und SS durchschritten werden. Die Schlagzeilen der Zeitungen berichten täglich von neuen Unruhen, neuen Opfern.

Man muß sich jenes Deutschland vor Augen halten, in dem Unsicherheit und Unordnung herrschen und die Sorge um die nächste Zukunft und die Furcht vor einer bolschewistischen Revolution die Gemüter bedrücken, um zu begreifen, daß die nationalistischen Leidenschaften aufgepeitscht werden konnten mit der Behauptung, das Ausland sei an diesem ganzen Unglück schuld, um zu verstehen, mit welchen Gefühlen 1933 die Machtübernahme durch jenen Mann mit der eisernen Faust aufgenommen wurde, einen Mann, der so tapfer den Roten die Stirne bietet und sich anheischig macht, im Innern Ordnung und Freiheit, nach Außen Macht und Größe des Reiches wieder herzustellen.<<

07.02.1933

Deutsches Reich: Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärt am 7. Februar 1933 während einer Massenversammlung der Eisernen Front in Berlin (x032/14): >>... Ein Stacheldraht von Verboten, Strafandrohungen umgibt uns, wohin wir blicken. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingengt. Wir erinnern an das alte Wort: Gestrenge Herren regieren nicht lange!<<

08.02.1933

Deutsches Reich: Hitler erklärt am 8. Februar 1933 vor leitenden Vertretern der deutschen Presse (x032/15): >>... In 10 Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.<<
Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Adolf Hitler (x051/260-263): >>Hitler, Adolf ... Der Begründer und Zerstörer des großdeutschen "Dritten Reiches" kam am 20. April 1889 im österreichischen Braunau am Inn zur Welt und endete am 30. April 1945 durch eigene Hand im Bunker unter der Reichskanzlei. ...

Der Vater Alois Hitler war österreichischer Zollbeamter, geboren als Schicklgruber, später legitimiert. Die Vaterschaft (Großvater Adolf Hitlers) ist wegen dichter Inzucht nicht zweifelsfrei geklärt, doch können langwährende Spekulationen über jüdische Beimischung ("Frankenberger") seit den Forschungen von Werner Maser als haltlos gelten.

Alois Hitler war strebsamer Autodidakt, wollte seine Lebenserrungenschaft des gesicherten Beamtentums in Adolf fortgesetzt sehen; dieser jedoch wehrte sich. Daraus erwachsen schwere Spannungen zwischen dem autoritären Vater und dem Sohn; dagegen bestand jedoch eine starke Mutterbindung Adolfs (Klara, geborene Pölzl). Der Vater starb schon 1903, so daß das herrische Hausregiment im 14. Lebensjahr Hitlers endete.

Hitler war zu jenem Zeitpunkt auf der Realschule – nach wiederholten Orts- und Schulwechseln (Passau, Lambach an der Traun, Leonding bei Linz, Stadt Linz) – und wechselte dann auf die Oberrealschule in Steyr an der Enns. Hier brach der 16-Jährige die Schulerziehung nach dem 9. Schuljahr ab (1905). Beste Note im Abgangszeugnis: "Vorzüglich" im Turnen und Freihandzeichnen (Bestätigung für den Berufswunsch Künstler).

Nach zwei Jahren tatenloser Muße im Haus der Mutter in Linz bewarb Hitler sich an der Wiener Kunstakademie, fiel aber durch, weil die Begabung nicht ins Malerische wies, sondern ins Baufach. Für dieses Studium fehlte Hitler jedoch das Abitur.

Nach dem Tod der Mutter 1907 und einem zweitem vergeblichen Anlauf bei der Kunstakademie lebte Hitler schließlich ohne Ausbildung in Wien. Sein Lebensunterhalt setzte sich zusammen aus dem Vertrieb selbstgefertigter Architektur-Ansichtskarten, dem Vermögensanteil

der Eltern (zusammen mit einer Schwester und zwei Halbgeschwistern) sowie der Waisenrente.

Neben die Kunst trat zunehmend das "Interesse für alles, was mit Politik zusammenhing". Hitler war in Linz schon durch seinen Geschichtslehrer Leopold Poetsch deutschnational und antihabsburgisch beeinflusst worden. Um nicht unter Habsburg dienen zu müssen, entzog er sich der Wehrpflicht durch mehrere kurzfristige Wohnungswechsel.

Er bewunderte den fanatischen Alldeutschen Schönerer, der die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Reich unter Ausschluß aller nicht-deutschen Reichsteile verfocht. Hitlers großdeutsche, alldeutsche Gesinnung schloß zwei andere Elemente ein: Antimarxismus (als Absage an übernational-sozialistische Verbrüderung) und Antisemitismus (als Ablehnung "undeutscher" Volkselemente).

Er siedelte im Mai 13 nach München über, um dem Nachspüren der Militärbehörden zu entgehen, wurde dort entdeckt und zur Nachmusterung nach Salzburg zitiert, jedoch vom Wehrdienst befreit ("Zu schwach. Waffenunfähig"). Meldete sich bei Kriegsausbruch im August 14 sofort zur bayerisch-deutschen Armee.

1914-18 war Hitler, zum Gefreiten befördert, Meldegänger beim Infanterieregiment 16 (List). Auszeichnung mit dem EK I (August 18), das Mannschaftsdienstgraden selten verliehen wurde. Einhellige Zeugnisse über Hitlers Tapferkeit, doch "keine entsprechenden Führereigenschaften", um befördert zu werden. Auch habe Hitler nicht befördert werden wollen. Oktober 18 Gasvergiftung in Flandern; vorübergehend erblindet ins Lazarett Pasewalk/Pommern.

In Pasewalk erlebte Hitler das Kriegsende und faßte den Entschluß, "Politiker zu werden", um die "Schmach" der Kapitulation zu rächen ("Mein Kampf"); er glaubte fest an den "Dolchstoß" der marxistisch verseuchten Heimat in den Rücken der unbesiegten Front.

Im Mai 19 stellte sich Hitler der Reichswehr zur Verfügung und fiel Vorgesetzten als "national zuverlässig" auf. Erste Rednererfolge hatte er im Lager Lechfeld vor heimgekehrten Kriegsgefangenen, die revolutionär anfällig waren.

12.9.19: Hitler sollte über eine der zahllosen Münchner Rechtsparteien und -gruppen, die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus eigener Anschauung berichten. Er fiel dort durch einen leidenschaftlichen Diskussionsbeitrag auf und trat nach einiger Bedenkzeit dieser Partei als 55. Mitglied bei; Funktion: Werbeobmann. In einer noch ganz unbekanntem Partei sah er ein formbares Instrument für seine Zwecke – statt des Hochdienens in einer der altetablierten. Dies war der Beginn von Hitlers Karriere.

Sofort entfaltete er eine lärmende Öffentlichkeitsarbeit. Organisatorisch einfallreich, demagogisch geschickt, rednerisch aufhetzend in radikaler Schwarz-Weiß-Manier, alle Übel auf einfache Formeln und klare Schuldzuweisung verdichtend ("Novemberverbrecher", "Schandvertrag von Versailles", "internationales Judentum"), zog er wachsende Zuhörerscharen an die DAP heran. Deren Umbenennung in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) erfolgte im Februar 20. Zugleich wurde das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet – ohne wesentliche Beteiligung Hitlers.

Inhaltlich aber war das Programm seinem Weltbild gemäß, besonders hinsichtlich der Punkte 1 (Großdeutsches Reich), 2 (Ausschluß der Juden besonders aus öffentlichen Ämtern und der Presse). Im Juli 21 riß er die Parteiführung an sich. Ergebene Anhänger leiteten den Führerkult ein, die NSDAP verbreitete sich organisatorisch in ganz Deutschland.

Der nationalistische Konfrontationskurs der bayerischen Landesregierung (Ritter von Kahr) gegen die Reichsregierung, unter deutlich hochverräterischen Tendenzen, ließ Hitler die Kräfteverhältnisse im Reich falsch einschätzen. Er hielt die Zeit reif für den Umsturz, wollte dabei Kahrs mutmaßliche eigene Absichten – ihm zuvorkommend – für sich nutzen, ihn also "rechts überholen".

So kam es am 8./9.11.23, übereilt und mangelhaft vorbereitet, zum Hitlerputsch. Der nachfol-

gende Prozeß glich streckenweise einer Farce, da die Richter Hitler weltanschaulich nahestanden und ihm ausgiebige Selbstdarstellung erlaubten. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Festungshaft mit Aussicht auf vorzeitige Entlassung.

In Landsberg am Lech diktierte der Vorzugshäftling den 1. Band von "Mein Kampf". Zur Rassenfrage heißt es darin, die nationalsozialistische Bewegung müsse das Judentum, "den bösen Feind der Menschheit, als den wirklichen Urheber allen Leides, dem allgemeinen Zorne weihen"; die künftige "Lebensraum"-Politik wird vorgezeichnet mit dem Satz: "Wenn wir heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken." Unbeirrt also von seiner politischen Niederlage und ohne jede Erfolgsaussicht entwarf Hitler selbstbewußt sein Zukunftsprogramm (Weltanschauung Hitlers).

Nach neun Monaten freigelassen, gründete er die zerfallene nationalsozialistische Bewegung 1925 neu. Richtungskämpfe zwischen Nord und Süd entschied er gegen Gregor Strasser und Joseph Goebbels in Bamberg mit klarem Sieg für sich (Februar 26).

Hitler gewann danach Goebbels als Parteigänger und schickte den fähigen Organisator und Demagogen als Gauleiter nach Berlin. Insgesamt waren diese Jahre infolge relativer wirtschaftlicher Erholung Deutschlands die politisch erfolglosesten für Hitler.

Dies erweist: Die NSDAP war eine Krisenpartei. Sie warb weniger durch überzeugendes Ideengut für sich als durch radikale Absage an das "System" von Weimar, war Ausdruck gebündelten Unmuts.

Erst die Weltwirtschaftskrise ab Herbst 29 brachte ihr die zweite, entscheidende Aufschwungphase mit sprunghaften Zuwachsraten an Mitgliedern und Wählern: all jene, die zweifelten, daß die parlamentarische Demokratie die Not meistern könne. Hitler, der aus dem ersten Fehlschlag gelernt hatte, wollte die Republik mit ihrem eigenen Instrumentarium – legal – erobern (Legalitätseid 1930). Er wurde erst jetzt über einen fiktiven Posten als Regierungsrat in Braunschweig deutscher Staatsbürger und errang im Frühjahr 32 bei der Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten einen Achtungserfolg (über 13 Millionen Stimmen) gegen den siegreichen Hindenburg.

1932 wurde die Republik unregierbar. Gegen die NSDAP als stärkste Reichstagsfraktion und gegen die gleichfalls total verneinende KPD war keine gesetzesfähige Mehrheit aufzubringen; und dies vor dem Hintergrund von sechs Millionen Arbeitslosen.

Reichspräsident Hindenburg, nach zwei glücklosen Kanzlerernennungen (Papen, Schleicher), überwand unter dem Einfluß engster Berater (Machtergreifung) sein Zögern gegenüber Hitler, dessen Person und Zielen er mißtraute, dessen nationalem Vokabular und soldatischer Gesinnung er andererseits nahe stand. Am 30.1.33 ernannte er Hitler zum Reichskanzler.

Hitlers Kabinettsbildung zeigte taktische Rücksicht. Bei nur zwei nationalsozialistischen Ministern herrschten die Konservativen vor, mit Papen als Vizekanzler. Doch mit einem Parteigenossen im Innenressort (Frick) verfügte Hitler über die Polizei und damit über einsetzbare Macht.

Noch war Deutschland ein Vielparteienstaat, der 30. Januar nur eine erste Zäsur. Aber Hitler betrieb einen hemmungslosen Wahlkampf für den 5.3.33. Der Reichstagsbrand (27.2.) als Tat des Einzelgängers van der Lubbe wurde blitzartig für die eigene Positionstärkung genutzt (Reichstagsbrandverordnung); die Theorie kommunistischer Verschwörung diente zu einer Verhaftungswelle und praktischen Beseitigung der KPD. Die neuen Reichstagsmandate wurden sofort kassiert. Nur dadurch gelang das Erreichen einer knappen absoluten Mehrheit für die NSDAP.

Volle Handlungsfreiheit errang Hitler erst durch das Ermächtigungsgesetz (23.3.), das die Machtergreifung vollendete. Hitler fing Zeitbedrängnisse, die sein Weltbild zu bestätigen schienen, auf, setzte sie rednerisch-suggestiv um und warf sie verstärkt ins öffentliche Be-

wußtsein zurück: ruinöse Siegerpolitik, Massenelend, parlamentarische Pattstellungen, Verdruß an der Demokratie mit ihrem versagenden Instrumentarium, geschädigtes nationales Selbstwertgefühl (das er reaktivierte), Bolschewismusängste (denen gegenüber die Nationalsozialisten als geringeres Übel erschienen), Führersehnsucht als Kaiser-Ersatz.

Hitler reproduzierte alle Unlustgefühle und Ressentiments mit versimpelndem, durchsichtigem Staatsverständnis und fest umrissenen Feindbildern (Juden, Marxisten). Mit den größten demagogischen Methoden agierend, von charismatischer Ausstrahlung, zeigte er sich als Meister psychologischer Massenführung.

Durch Hitlers Diktatur wurde sein Leben in den letzten zwölf Jahren mit der politischen Geschichte Deutschlands nahezu identisch. War er im Persönlichen schon immer seltsam farblos gewesen, so ging sein Leben von jetzt an vollends im Staat und seinen Zwecken auf. Die Privatsphäre, obwohl vorhanden, zeigte – mit seiner Geliebten Eva Braun auf dem Obersalzberg – eintönige Geselligkeit und später im Hauptquartier endlose Monologe in der Tischrunde gläubig-ergebener Statisten (Tischgespräche).

Zum persönlichen Bild Hitlers gehört freilich auch – neben der österreichischen Galanterie Frauen gegenüber – eine im engsten Kreis sympathisch wirkende, hausväterliche Fürsorge und Aufmerksamkeit, welche sogar fanatische Vorurteile außer Kraft setzen konnte: so in den Schutzversprechen für seinen als "nichtarisch" entlarvten früheren Fahrer Emil Maurice und für seine unter gleichem Makel entlassene Diätköchin.

Die Forschungsstreitfrage, wie weit Hitler nur Exponent nationalsozialistischer Herrschaft – bei selbständig operierenden Machtkreisen – gewesen sei oder alleiniges Willenszentrum, bereitet keine Deutungsnot, wenn sie richtig gestellt wird: Nach der Röhme-Affäre, der dritten gewonnenen inneren Machtauseinandersetzung nach den zwei Auflehnungen Gregor Strassers 1926 und 1932, erlebte Hitler keine Anfechtung weltanschaulicher Parteigänger mehr. Bis zuletzt wurden seine Entscheidungen von keiner Instanz angefochten, im jeweiligen Einzelfall auch nicht innerhalb der Wehrmacht (Putschversuche richteten sich gegen Person und System als Ganzes).

Andererseits ließ Hitler die Machtelite relativ frei gewähren. Innenpolitisch, wo er uninteressiert war, förderte und duldete er Rivalitäten und stand unangefochten über den zerstrittenen Konkurrenten. Hitler war Willenszentrum, delegierte aber viel. Er regierte kaum, (be)herrschte vielmehr. Weltanschauliche Hauptanliegen ("Endlösung", Kriegsende, Feldzüge) blieben letzte Alleinentscheidungen.

Durch beeindruckende Wirtschaftserfolge, anfänglich noch ohne Rüstung, verstärkte sich Hitlers Stellung im Volk so, daß er Millionen zur erlöserhaften Heilsfigur wurde. Das beweist zugleich, daß diese Diktatur, anders als die zeitgleiche Stalins, von der Mehrheit nicht als bedrückend empfunden wurde. Verfolgte Minderheiten und vielfältige Gruppen des Widerstands blieben isoliert, in Not, Angst und Ablehnung zugleich verbunden.

Den Höhepunkt der Popularität bewirkten die gewaltlosen Erfolge des Jahres 38: Anschluß Österreichs (März), Gewinnung der Sudetengebiete durch das Münchener Abkommen (September).

1939 konzentrierte Hitler seinen Lebensplan auf zwei ideologische Hauptachsen: Rasse und Raum. Seit der Kristallnacht (November 38) beschleunigten etliche Erlasse die innere Ausbürgerung der deutschen Juden aus der gedachten Volksgemeinschaft "deutschen Bluts"; und: Infolge der lange duldenden britischen Politik des Appeasement glaubte er, seine Gewalt voraussetzenden Nahziele – u.a. "Zerschlagung der Tschechoslowakei" – rascher anstern zu können als in der Hoßbach-Niederschrift (November 37) veranschlagt.

Alle Unternehmungen Hitlers ab 1938 scheinen nach den Selbstaussagen zudem unter dem Diktat der Lebensuhr gestanden zu haben ("... wenn ich gesund bleibe"); er war überzeugt, krank zu sein und nicht mehr viel Zeit zu haben.

Nach dem Einmarsch in Prag (März 39) und dem Ende der britischen Nachgiebigkeit schaffte der Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR, nebst geheimem Zusatzprotokoll über die Aufteilung Ostmitteleuropas (August 39), die vermeintlich Glück verheißende strategische Ausgangslage. Damit war der Weg frei zum Einfall in Polen, wobei Hitler auf Stillhalten Englands spekulierte. Stalin hingegen rechnete durch den sicher erwarteten Krieg im Westen mit einer wechselseitigen kapitalistischen Selbstzerfleischung zum sowjetischen Vorteil. Er ahnte dagegen nicht, daß Hitlers Wehrmacht sich lange als unwiderstehlich erweisen und im Grunde gestärkt aus den Blitzkriegen 39-41 hervorgehen würde.

Der "Feldherr Hitler" war eine zwiespältige Erscheinung. Er konnte unkonventionell denken und war kühnen Operationsplänen geöffnet, so hinsichtlich des Angriffs durch die Ardennen im Mai 40 (Frankreichfeldzug). Auch förderte er mit dem Sinn für moderne Technik den kombinierten Bewegungskrieg von Land- und Luftwaffe.

Erst als die Gegner gleichzogen, später an Menschen und Material weit überlegen wurden, wendeten sich Vorzüge in Schwäche. Jetzt fehlte dem Autodidakten die Denkschulung des Generalstäblers. Da er aber erfahrenen Rat nicht annahm wegen früherer Fehlvoraussagen der Militärs gegen seinen besseren Instinkt, häuften sich nun die Fehler. Alles selbst entscheidend, degradierte er seine Feldmarschälle zu Handlangern. In der Not der Abwehrschlachten kehrte er zu den Methoden des Stellungskrieges 14/18 zurück: Halten um jeden Preis. Unter dem veränderten Gesetz der Bewegung von 39/45 und angesichts überdehnter Fronten und mangelnder Reserven beschleunigte dieses Rezept den Untergang.

Im Schatten des Weltanschauungskrieges im Osten (ab Juni 41) ließ Hitler seine wiederholten Drohungen gegenüber der "jüdischen Rasse in Europa" wahr werden. Das furchtbarste Ausrotungsprogramm der Weltgeschichte begleitete die Jahre 41-45, Jahre, in denen Rassenwahn und Lebensraum-Utopie zeitlich und räumlich ineinanderliefen. Der Auftrag zur Endlösung der Judenfrage und der Eroberungskrieg gegen Rußland unter Vertragsbruch waren für Hitler die historischen Vollzugsmeldungen zur Programmatik von "Mein Kampf".

Inmitten millionenfachen Todes anderer blieb der Urheber trotz mehrerer geplanter und vollendeter Attentate nahezu unversehrt. Hitler starb von eigener Hand in den Trümmern dessen, was einmal seine Weltmetropole "Germania" hätte werden sollen, nachdem er zuvor im Führerbunker Eva Braun geheiratet hatte. Seine letzte politische Willenserklärung (Testament) verlangte "unbarmherzigen Widerstand gegen die Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum". ...<<

27.02.1933

Deutsches Reich: Der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe setzt am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand.

Hitler nutzt den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag werden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Reichstagsbrand" (x051/-485-486): >>Reichstagsbrand, Vernichtung großer Teile, insbesondere des Plenarsaals, des Reichstagsgebäudes in Berlin durch Feuer am Abend des 27.2.33.

Der niederländische Anarchist van der Lubbe war kurz nach 21 Uhr ins Parlamentsgebäude eingedrungen und hatte mit Kohlenanzündern mehrere Brände gelegt, die er mit Stoffackeln weitertrug. Als er um 21.27 Uhr gestellt werden konnte, ließ sich der Plenarsaal trotz massiven Feuerwehreinsatzes nicht mehr retten, da die Kuppel geborsten war und ein sogenannter Schlot-Effekt entstand.

Hitler und die nationalsozialistische Führung, die unmittelbar danach am Tatort erschienen, bezeichneten den Reichstagsbrand sofort als "kommunistisches Fanal" für einen Aufstand ge-

gen die neue Regierung der "nationalen Erhebung" und nutzten die Gelegenheit zu einer schlagartigen Massenverhaftung (ca. 4.000) kommunistischer und auch einiger SPD-Funktionäre nach vorbereiteten Listen. Am Tag darauf setzte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Grundrechte außer Kraft, der kommunistische Wahlkampf für die Reichstagswahl am 5.3.33 wurde unterbunden, der sozialdemokratische schwer behindert (Zeitungs-, Versammlungsverbote u.a.).

Nach der klassischen Frage "cui bono", wem der Reichstagsbrand genutzt habe, entstand unmittelbar nach dieser planvollen Reaktion der Regierung der Verdacht, der Brand sei von den Nationalsozialisten gelegt worden. Dazu trug bei, daß vom Palais des Reichstagspräsidenten Göring ein unterirdischer Gang in das Reichstagsgebäude führte, der ein idealer Fluchtweg für die Brandstifter hätte sein können, die Lubbe nur mißbraucht hätten. Zudem schien es schwer vorstellbar, daß ein Einzelner das Riesenbauwerk in Flammen gesetzt hatte.

Doch weder die Kommunisten mit ihrem Braunschweig noch die Nationalsozialisten, die außer Lubbe noch den KPD-Fraktionsführer Torgler, der am Abend als Letzter den Reichstag verlassen hatte, sowie die in Berlin weilenden Komintern-Funktionäre Dimitrow, Popoff und Tanneff im Reichstagsbrandprozeß anklagen ließen, konnten ihre Version beweisen.

Auch eine Historiker-Kommission nach dem Krieg unter Leitung des Schweizer Professors Walter Hofer vermochte Lubbes hartnäckige Behauptung von seiner Alleintäterschaft nicht zu erschüttern.<<

Joseph Goebbels berichtet am 27. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ganz groß in Fahrt. Der Führer verliert nicht einen Augenblick seine Ruhe. ...

Sofort verbietet Göring die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse. Die kommunistischen Funktionäre werden in der Nacht dingfest gemacht. Die SA wird alarmiert.

...

Mitten in der Nacht noch erscheint Oberregierungsrat Diels vom preußischen Innenministerium und gibt mir eingehend Bericht über die bisherigen Maßnahmen. Die Verhaftungen sind reibungslos verlaufen. ...

Wenn Widerstand geleistet wird, dann Straße frei für die SA. ...<<

An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.

Im Jahre 1946 erklärt Generaloberst Halder z.B. unter Eid (x059/73): >>Anlässlich eines Mittagessens beim Führer im Jahre 1942 kam das Gespräch auch auf das Reichstagsgebäude ... Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: "Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet."<<

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Hermann Göring (x051/222-223): >>Göring, Hermann, geboren in Rosenheim 12.1.1893, gestorben in Nürnberg 15.10.1946, deutscher Politiker. Göring war Sohn des ersten Reichskommissars in Deutsch-Südwestafrika. Seine Kindheit und Jugend, schon dadurch großbürgerlich geprägt, gewann ausgesprochenen Feudalstil, als die Eltern um die Jahrhundertwende auf die Besitztümer seines Patenonkels von Epenstein übersiedelten. Auf zwei Schlössern im Salzburgerischen und in Franken fand der Junge großzügige Verhältnisse, die ganz offenkundig seinen später berühmten Hang zu Prunk und Pracht begründeten.

Die militärische Lebensrichtung entwickelte sich aus dem Besuch der Kadettenanstalten Karlsruhe und Lichterfelde bei Berlin. Seine intellektuelle Anlage war vielversprechend. 1912 kam er zur Infanterie ins Elsaß. Der Leutnant ging aber bald zur neuartigen Fliegertruppe über, in der er einer der erfolgreichsten Jagdflieger wurde (Pour le Mérite 1917). Nach Richtofens Tod war er letzter Kommandeur dessen Geschwaders.

Den trüben Nachkriegsverhältnissen entging er durch Übersiedlung nach Dänemark und

Schweden, wo er sich als Kunstflieger betätigte und Karin von Kantzow kennenlernte. Die gegenseitige Liebe zerstörte die Ehe der Schwedin, die 1923 nach ihrer Scheidung den 30jährigen Fliegerhauptmann a.D. in München heiratete. Göring war bereits 1921 in die Heimatprovinz zurückgekehrt, weil er im Norden keine berufliche Zukunft sah.

Wegentscheidend wurde die Begegnung mit Hitler, der dem Kriegshelden, bei dem Energie und Wille hervorstachen, den weiteren Aufbau der SA übertrug. Ein Jahr später, beim Hitlerputsch, erlitt Göring an der Feldherrnhalle schwere Verletzungen. Er entzog sich dem Haftbefehl durch Flucht nach Österreich. Morphium-Injektionen gegen die Schmerzen machten ihn süchtig. Erst Jahre danach konnte er die Abhängigkeit durch mehrere Entziehungskuren in Schweden überwinden.

Die mittleren 20er Jahre waren Görings glücklose Lebensphase: versehrt, ohne Beruf, verschuldet und landesflüchtig. Eine Amnestie 1927 ermöglichte die Rückkehr, eine Kriegsfreundschaft schlug die Brücke zur Lufthansa und damit zu wirtschaftlicher Erholung.

Göring entfaltete in Berlin ein reges Gesellschaftsleben, das auch politisch förderlich war. Die Kontakte zu Hitler erneuerten sich. 1928 wurde Göring MdR der NSDAP. Das eigene Haus in der Badenschen Straße diente der Pflege der Beziehungen zu den umworbenen politischen und industriellen Kräften. Während Goebbels Berlin auf der Straße und in Redeschlachten zu erobern suchte, errang Göring Siege auf gesellschaftlichem Parkett. Seine Weltgewandtheit machte ihn eher als andere nationalsozialistische Führer salonfähig in den Augen konservativer Kreise. 1931 starb Karin Göring an Herzschwäche (ihr zu Ehren nannte der Witwer seine spätere Prunkvilla in der Schorfheide "Karinhall").

1932 wurde die NSDAP stärkste Reichstagsfraktion und Göring Reichstagspräsident. Der geschickte Organisator, gute Redner und gerissene Taktiker stellte hier (mit)entscheidende Weichen für die endgültige Gewinnung der Macht im Staat.

Als Hitler Reichskanzler wurde, trat Göring als Minister ohne Portefeuille ins Kabinett ein, war zunächst nur Reichskommissar für die Luftfahrt. Dennoch hatte er sich schon jetzt ohne erkennbare Anstrengung den zweiten Platz in der Machthierarchie gesichert, weniger durch Leistung als durch sein Auftreten und seine Bedenkenlosigkeit.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, charakterisierte ihn in der Rückschau: "Er war geschickt, schlau, kaltblütig, mutig und von eisernem Willen. Skrupel kannte er nicht. Und er war ein Zyniker. Obwohl er großzügige Regungen und Ritterlichkeit kannte, konnte er von unerbittlicher Grausamkeit sein."

So war Göring zwar ein unbedingter Anhänger von Hitlers Rassenlehre, konnte aber unverfroren erklären: "Wer Jude ist, bestimme ich!" und dementsprechend Schutzbriefe ausstellen, die auch gültig blieben; er genoß Popularität trotz oder wegen seiner Prunkliebe, Ordenssucht, Körperfülle und weil er als Einziger aus der nationalsozialistischen Prominenz Sinn sogar für regimefeindliche Flüsterwitze hatte, aber er intrigierte hemmungslos in der Röhm-Affäre und unterstützte kaltblütig die Mordaktion; er beherzigte das Prinzip "Leben und leben lassen", aber verstrickte sich ohne Zögern in jede der großen menschenverachtenden Gewaltaktionen des Dritten Reiches. Das machte ihn am Ende mit Recht zum Ersten unter den Hauptangeklagten in Nürnberg.

Kein anderer unter Hitlers Gefolgsleuten, nicht einmal Himmler, vereinigte mit der Zeit - und größtenteils nebeneinander - so viele Ämter auf sich. Der bisherige Reichstagspräsident, der mit seinem ungeschickten Drohverhalten im Reichstagsbrandprozeß den mittlerweile widerlegten Verdacht nährte, die Nationalsozialisten als Nutznießer seien an der Brandstiftung beteiligt gewesen, wurde im April 33 preußischer Ministerpräsident (zeitweilig auch Innenminister, der hier die Geheime Staatspolizei beherrschte), im Mai 33 Reichsminister für Luftfahrt, 1934 Reichsforst- und Reichsjägermeister, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, der vorwiegend der Kriegsvorbereitung diente.

1936 setzte er Personal und Material der jungen Luftwaffe zum ersten Härtetest ein: als Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg zugunsten von Franco. 1938 ernannte Hitler ihn, der die mittleren und höheren Offiziersränge übersprungen hatte, zum zweiten Feldmarschall des Dritten Reiches (nach Blomberg).

Nach dem Pogrom der Kristallnacht (9./10.11.38) drängte Göring die Juden endgültig aus dem Wirtschaftsleben und erlegte den Opfern eine "Wiedergutmachung" auf: Für die unschuldig erlittenen Schäden mußten sie zusammen eine Sondersteuer von einer Milliarde RM entrichten.

In der Polenkrise (August 39) versuchte Göring, den Krieg zu verhindern, und setzte erfolglos internationale Beziehungen ein (Dahlerus). Unter dem Eindruck des britischen Ultimatums vom 3.9.39 äußerte Göring deutliche Zweifel am Durchhaltevermögen: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein." Zwei Tage zuvor hatte Hitler ihn zum Nachfolger designiert.

Die Kriegsjahre zeigten Göring in zwei scharf voneinander abgesetzten Erscheinungsbildern. In der Blitzkriegsphase trug er entscheidend zu den Siegen bei (neuartiges Zusammenwirken von Luft- und Erdkampfvverbänden). Auf dem Höhepunkt der Erfolge erhielt er den für ihn geschaffenen höchsten militärischen Dienstgrad und nannte sich nun Reichsmarschall (19.7.40).

Doch schon in der Luftschlacht um England begann der Niedergang der Jagdwaffe. Sie erwies sich - bei An- und Rückflug - technisch unterlegen und vermochte nicht die für eine Invasion der Insel nötige Luftherrschaft zu erkämpfen und die Verluste der Bomber in erträglichen Grenzen zu halten. Falsche Weichenstellungen in der Luftkriegsrüstung lieferten dann das Reich entgegen Görings Versprechen mehr und mehr hilflos den Bombenangriffen des westlichen Gegners aus.

Mit diesem offenkundigen Versagen an der Spitze der deutschen Luftwaffe ging Görings Persönlichkeitsverfall einher. Er fiel in die alte Morphiumsucht zurück, die ihn inaktiv und realitätsblind machte. Unter der euphorischen Wirkung der Suchtmittel versprach er, den Stalin-grad-Kessel ausreichend zu versorgen, was völlig mißlang.

Görings Ansehenseinbußen wuchsen durch militärische Mißerfolge bei gleichzeitigem Wohlleben, finanziert und ausgestaltet durch Kriegsbeute (u.a. Kunstraub). Hitler hielt zwar dennoch lange zu ihm, doch verlor Göring an Boden gegenüber den Rivalen Bormann, Himmler und Goebbels. Als er kurz vor Kriegsende mit den westlichen Alliierten in Verhandlung treten wollte, stieß ihn Hitler im politischen Testament aus der Partei aus und ordnete seine Verhaftung an, die Göring bald mit amerikanischer Gefangenschaft tauschte.

Im Nürnberger Prozeß nahm Göring selbstbewußt die Führungsrolle unter den Angeklagten ein. Er wurde trotz geschickter Verteidigung unter dem Eindruck erdrückender Beweise seiner Mitschuld an den nationalsozialistischen Massen- und Kriegsverbrechen, insbesondere der Endlösung, zum Tod verurteilt. Er nahm das Urteil gelassen auf, da er Gift hatte ins Gefängnis schmuggeln können (wie, ist ungeklärt). Weniger als drei Stunden vor dem Zeitpunkt der Hinrichtung setzte er seinem Leben ein Ende. Die Leiche wurde zusammen mit denen der Gehenkten verbrannt, die Asche in ein Nebenflüßchen der Isar gestreut.<<

28.02.1933

Deutsches Reich: Am 28. Februar 1933 genehmigt Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat).

In dieser völlig ungerechtfertigten "Reichstagsbrandverordnung" zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte heißt es (x058/348): >>>Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte verordnet:

§ 1 Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen zu Haussuchungen (Unverletzlichkeit der Wohnung) und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen sind zulässig.

§ 2 Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen. ...<<

Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzt wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprecheheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.

Mit Hilfe der "Reichstagsbrandverordnung" kann das NS-Regime die Weimarer Republik zwar vermeintlich "legal" liquidieren, aber diese "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" ist nicht durch Artikel 48 gedeckt und deshalb ungesetzlich, weil sie nicht vorübergehend erlassen wird. Die "Reichstagsbrandverordnung" (Abschaffung des demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates bzw. Legalisierung der NS-Diktatur) wird zunächst auf 4 Jahre begrenzt und danach dreimal durch das NS-Regime verlängert, so daß sie schließlich bis zum Zusammenbruch des NS-Staates in Kraft bleibt.

Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängt Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltet bereits indirekt das Parlament aus und übernimmt im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten werden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Reichstagsbrandverordnung" (x051/486):
>>Reichstagsbrandverordnung, am 28.2.33 unter der Bezeichnung "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassene Notverordnung.

Vorausgegangen war ihr der Reichstagsbrand am 27.2., der von den Nationalsozialisten den Kommunisten zur Last gelegt wurde. "Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" (so die Präambel) setzte die Reichstagsbrandverordnung die in Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung verbrieften Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnisses, der Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit und der Garantie des Privateigentums außer Kraft, gab der Reichsregierung das Recht, "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in den Ländern die Befugnisse der Landesregierung "vorübergehend wahrzunehmen", und verschärfte die Strafandrohungen für bestimmte Delikte, führte u.a. für Hochverrat und Brandstiftung die Todesstrafe ein.

Die Reichstagsbrandverordnung gab der von Hitler geführten Regierung eine scheinbar legale Grundlage zur Gleichschaltung der Länder und zur Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Gegnern des Nationalsozialismus; allein 1933 kam es aufgrund der Reichstagsbrandverordnung zu 3.584 Strafverfahren mit 3.133 Verurteilungen. V.a. aber beseitigte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Elemente des Rechtsstaates und bildete so zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 die gesetzliche Grundlage der nationalsozialistischen Diktatur.<<

Goebbels berichtet am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und

scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<
Die SPD-Zeitung "Vorwärts" wird am 28. Februar 1933 durch das NS-Regime verboten.

03.03.1933

Großbritannien: Der "Daily Express" berichtet am 3. März 1933 (x023/71): >>Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.<<

05.03.1933

Deutsches Reich: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhält die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreicht.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschen (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.). zählt die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Die deutschen Reichstagswahlen von 1928-33 (x089/413):

Parteien	Mandate 1928	%	Mandate 1930	%	Mandate Juli 1932	%	Mandate November 1932	%	Mandate März 1933	%
NSDAP	12	2,6	107	18,3	230	37,3	196	33,1	288	43,9
DNVP	73	14,2	41	7,0	37	5,9	52	8,3	52	8,0
SPD	153	29,8	143	24,5	133	21,6	121	20,4	120	18,3
Zentrum	62	12,1	68	11,8	75	12,5	70	11,9	74	11,2
DVP (Libe- rale)	45	8,7	30	4,5	7	1,2	11	1,9	2	1,1
KPD	54	10,6	77	13,1	89	14,3	100	11,9	81	12,3
Sonstige	<u>92</u>	22,0	<u>111</u>	20,8	<u>37</u>	7,2	<u>34</u>	7,5	<u>30</u>	5,2
Gesamt	<u>491</u>		<u>577</u>		<u>608</u>		<u>584</u>		<u>647</u>	

Joseph Goebbels berichtet am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun flieht bereits am 5. März 1933 ins Exil in die Schweiz.

13.03.1933

Deutsches Reich: Seit dem 13. März 1933 kontrolliert, "säubert" und dirigiert Josef Goebbels, NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, sämtliche Informationsmedien (Presse, Buchwesen, Rundfunk, Film) und andere kulturelle Einrichtungen.

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Joseph Goebbels (x051/218-220): >>Goebbels, Joseph, geboren in Rheydt 29.10.1897, gestorben in Berlin: 1.5.1945, deutscher Politiker.

Der Sohn eines Buchhalters einer kleinen Dochtfabrik kam aus streng katholischem Elternhaus, sollte daher Priester werden. Doch Goebbels entschied sich für ein Studium der Philosophie und Literatur. Er sah seine Zukunft eher auf literarischem Gebiet. 1921 promovierte der junge Goebbels, der durch einen Krüppelfuß behindert war und daher nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, über das romantische Drama.

In dem schwächtigen Körper mit dem unverhältnismäßig großen Kopf steckten der Wille und Ehrgeiz des vom Leben sichtbar Zurückgesetzten - eine Daseinsminderung, die sich auch in zahlreichen Liebesaffären Ersatz suchte. Der kleine, hinkende Mann war bei Frauen ungewöhnlich erfolgreich, begabt mit dem Charme tiefdunkler Augen, mit Geist und Tempera-

ment. Doch gab es ungeachtet dieser Siege Niederlagen anderer Art, die seinem Leben die endgültige Richtung wiesen.

Der literarische Ehrgeiz wurde nicht befriedigt. Die Zeitungen schickten seine Beiträge zurück, die Verlage seine Romane und Dramen. Insbesondere seine drängenden Bewerbungen beim liberalen "Berliner Tageblatt" unter Chefredakteur Th. Wolff wurden abgewiesen. Mutmaßlich ist Goebbels' Entwicklung zum fanatischen Antisemiten und Verächter alles Bürgerlichen maßgeblich auf diese Kränkungen seines Ichs zurückzuführen. Die mangelnden belletristischen Qualitäten des Schöngelstes Goebbels lassen die Absagen verständlich erscheinen. Er schrieb schwülstig und verstiegen und zeigt sich in seinen Tagebüchern der 20er Jahre in der unstablen Seelenlage eines Backfisches, fortwährend in Extremen schwankend, "emotionale Wechselbäder" (Heiber) erlebend.

Merkwürdig, daß die sentimentaln Ergüsse sich mit der schneidenden Schärfe und Präzision des politischen Redners und Redakteurs vertrugen, als welcher Goebbels seit 1924 im völkischen Lager auftrat - von Anbeginn mit Erfolg.

Hier fand er Ersatz an Anerkennung und Lob, die ihm als Belletrist versagt blieben. Heiber spricht von "hochintellektueller Glasur über pubertärer Gefühlswelt". Politisch stand Goebbels dem "linken" Nationalsozialisten G. Strasser nahe, wurde Gaugeschäftsführer in Rheinland-Nord (Sitz Elberfeld) und redigierte die "Nationalsozialistischen Briefe". Während der Rivalitäten zwischen Hitler und dem Strasser-Flügel hielt er zum letzteren, bis Hitler diesen Kurs 1926 auf der Bamberger Führertagung rhetorisch niederwalzte.

Hitler erkannte Goebbels' Begabung und zog ihn geschickt an sich. Bald beugte sich Goebbels "dem Größeren, dem politischen Genie", wie er seinem Tagebuch anvertraute und hinzufügte: "Hitler, ich liebe dich, weil du groß und einfach zugleich bist."

Diese Bindung hörte erst mit dem fast gemeinsamen Tod auf. Goebbels, als Redner gleichrangig, mit starker Ausstrahlung, aber ohne Charisma, wußte instinktiv, daß er nur Diener, Rufer, Propagandist eines Ersten sein konnte, nie selber Erster. In diesem Sinn hat er Hitlers Aufstieg und Herrschaft demagogisch unterstützt und gefestigt bis ganz zuletzt.

Eine für beide Seiten folgenreiche Entscheidung war, daß Hitler seinen besten Agitator im Herbst 26 ins "rote" Berlin schickte, um die NSDAP auf dem schwierigsten Pflaster Deutschlands voranzubringen. Tatsächlich eroberte Goebbels Berlin für den Nationalsozialismus. Die Reichshauptstadt blieb 18 Jahre lang sein vorrangiges Aktionsfeld.

Der Haß der Kommunisten auf den Gauleiter war nicht ohne Respekt, denn Goebbels war furchtlos, hielt seine Hetzreden mitten in den Arbeitervierteln und stand in der Saalschlacht ungerührt auf dem Podium. Seine brutal dreinschlagenden SA-Leute blieben fast immer als Sieger am Platz. Kamen eigene Kampfgenossen ums Leben, so veranstaltete Goebbels für die "Blutzeugen" Trauerspektakel im Stil von Staatsbegräbnissen (z.B. H. Wessel). So hielt er das politische Berlin in Atem und sammelte Anhang.

Nebenbei redigierte Goebbels die Zeitung "Der Angriff" und amtierte seit 1930 als Reichspropagandaleiter der NSDAP. Der arbeitsüberhäufte Demagoge war außerdem auch MdR seiner Partei.

Er ersann immer neue Kunstgriffe der Massenlenkung. Wo heute dergleichen angewandt wird, steht Goebbels häufig unsichtbar als Lehrmeister dahinter. Auch setzte er die neuen Medien Funk und Film konsequent als Propagandamittel ein - was freilich erst nach der Machtergreifung möglich war. Sie wurden ebenso wie Presse, Literatur, Musik und Kunst der 1933 gegründeten Reichskulturkammer unterstellt.

Goebbels' Zugriff blieben als Reichsminister für "Volksaufklärung und Propaganda" (13.3.33) nur wenige Sektoren der Kunstentfaltung entzogen: die preußischen Staatstheater, in denen Göring relative Freiheiten walten ließ, die Architektur, die Bauliebhaber Hitler sich selber lenkend vorbehielt.

Goebbels war es v.a., der den fruchtbaren, z.T. dominierenden Einfluß jüdischer Schriftsteller, Journalisten, Künstler aus dem deutschen Kulturleben verbannte, da die Berufsausübung auf diesen Gebieten "arische" Herkunft voraussetzte.

Auf der anderen Seite war Goebbels klug genug, inmitten diktiert Weltanschauung Inseln der Gemütsberuhigung zu dulden. Zahllose Lustspielfilme bis in die spätesten Tage des Regimes waren von jedem politischen Beiklang frei.

Als Presseherrscher (Presseanweisungen) sorgte Goebbels dafür, daß der nationalsozialistische Staat nach innen und außen mit einer einzigen Stimme sprach. Die entscheidenden innen- und außenpolitischen Schritte wurden jeweils mit Kampagnen vorbereitet, begleitet und gerechtfertigt. Einzelne fremde Übergriffe im erhitzten nationalen Klima nutzte Goebbels zu Pressefeldzügen maßloser Hetze aus. Er konnte unversehens "gesundes Volksempfinden" mobilisieren und war der Hauptorganisator des Pogroms der Kristallnacht (9./10.11.38).

Als oberster Meinungsdirigent trug er maßgeblich dazu bei, die Massenverbrechen an den Juden (im Krieg) atmosphärisch vorzubereiten. Ebenso festigte er, neben Heß und Schirach, den Führerkult.

Trotz aller Loyalität zu Hitler litt dessen Vertrauen zu seinem Paladin in den späten 30er Jahren wegen seiner Liebesaffären. Goebbels, seit 1931 mit Magda, geschiedene Quandt, verheiratet, erregte Aufsehen wegen seiner Leidenschaft für die tschechische Schauspielerin Lida Baarova. Hitler, der nach der Affäre um Blomberg keinen zweiten öffentlichen Eheskandal in hohen Rängen duldet, rief Goebbels zur Ordnung.

Die bisher schon hochgesteigerte propagandistische Energie des "kleinen Doktors" setzte im Krieg noch weitere Reserven frei; das galt selbstbezogen wie übertragen. Unablässig war er in Reden und Artikeln (u.a. in "Das Reich") um Hebung der Kriegsmoral bemüht, um so mehr, je gefährdeter sie war infolge der zermürbenden Bombenangriffe auf deutsche Städte.

Sicherlich hat er mit seinen Durchhalteparolen stark dazu beigetragen, daß das Volk weit über das physische und psychische Maß hinaus die Kriegsdrangsale geduldig ertrug. Seine dabei entwickelte Strategie der (Ver-)Tröstungen mit Hilfe von Endsiegfantasien oder der Beschwörung von Wunderwaffen wirkte bis zum Zusammenbruch.

Goebbels' Haßnatur formte die öffentliche Vorstellungswelt mit effektvollen Formeln, so in der rhetorisch genialen Sportpalastrede zum "totalen Krieg" (18.2.43). Er war stets am stärksten, wenn es auf Hauen und Stechen ging, wenn Affekte und Zorn entzündet werden sollten. Er brauchte Feinde, wenngleich seine Feindbilder weniger ideologisch verwurzelt waren als bei Hitler und Himmler. Selbst in den Trümmerwüsten Berlins und anderer Städte scheute er sich nicht, unter Volk zu gehen, als sein Führer längst die Masse nicht mehr suchte.

Als Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz (Juli 44) suchte er das letzte an Widerstandskraft aus dem Volk herauszupressen, illusionslos über die persönlichen Folgen einer Niederlage: "Vor allem in der Judenfrage sind wir ja so festgelegt, daß es für uns gar kein Entrinnen gibt", hatte er schon im März 43 ins Tagebuch geschrieben.

Doch bis in den klar erkannten Untergang hinein ließ Goebbels keinen Moment im Einsatz nach. Von Hitler dann im politischen Testament zum Reichskanzler ernannt (29.4.45), inszenierte er einen Abgang im Tragödienstil: Er vergiftete seine sechs Kinder und nahm sich zusammen mit seiner Frau im Bunker unter der Reichskanzlei einen Tag nach seinem Herrn das Leben.<<

Goebbels schreibt später über die Aufgaben seines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (x149/77): >>Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüber zu stehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind. ...

Im Laufe der Zeit haben sich auf allen Gebieten, namentlich der Technik, revolutionäre Umwälzungen vollzogen. wir leben heute im Zeitalter des Rundfunks, der großen Massendemon-

strationen; Massenaufmärsche von hundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Menschen sind für uns nichts Unerreichbares mehr. ...

Wir leben nun einmal in dem Zeitalter, wo Massen hinter einer Politik stehen müssen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Propagandaministerium" des NS-Regimes (x051/457): >>Propagandaministerium, übliche Kurzbezeichnung für das am 13.3.33 unter Goebbels gebildete Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Promi).

Das Propagandaministerium bezog seine Kompetenzen aus verschiedenen Ressorts und sollte Hitlers Vorstellungen von wirkungsvoller Propaganda, wie er sie in "Mein Kampf" beschrieben hatte, umsetzen. Dazu gehörten zunächst einmal die Gleichschaltung aller Meinungsproduzenten (Presse, Rundfunk, Film) und die Monopolisierung des Kulturbetriebs (Literatur, Theater, Kunst, Musik). Hebel dazu wurde das Gesetz vom 22.9.33 über die Zusammenfassung aller "Kulturschaffenden" in Körperschaften öffentlichen Rechts unter dem Dach einer Reichskulturkammer, deren Präsident Goebbels wurde.

Über Berufsverbote und Zensur leistete sie defensive Propaganda durch Filterung; der offensiven Darstellung des Regimes z.B. in den Massenmedien dienten die verschiedenen Formen von Presseanweisungen, die über die Landesstellen des Propagandaministeriums (ab 1937 Reichspropagandaämter) bis in alle Winkel des Reiches durchgesetzt wurden. Hinzu kamen die pompösen Inszenierungen bei Reichsparteitagen oder anlässlich der nationalsozialistischen Feiern und die Ausgestaltung des Führerkultes.

Zwar gelang es Goebbels nie ganz, konkurrierende Instanzen (Auswärtiges Amt, Wehrmacht u.a.) auszuschalten, doch sorgte sein hoher Rang in der nationalsozialistischen Hierarchie für Mitsprache des Propagandaministeriums in allen Fragen der Meinungslenkung. Das monolithische Bild des Dritten Reiches, das bis in die Gegenwart nachwirkt, ist sein Werk.<<

17.03.1933

Deutsches Reich: Hitler läßt am 17. März 1933 zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen.

Es handelt sich bei dieser bewaffneten Leibwache Hitlers um eine militärische Elitetruppe.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Leibstandarte-SS Adolf Hitler" (x051/349): >>Leibstandarte-SS Adolf Hitler (LAH), am 17.3.33 aus 120 Mann der ehemaligen Münchener Leibwache Hitlers gebildete bewaffnete SS-Truppe, zunächst unter der Bezeichnung SS-Stabswache Berlin, dann Wachbataillon Berlin und ab September 33 Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", kaserniert in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde.

In erster Linie für den persönlichen Schutz Hitlers zuständig, übernahm die LAH unter ihrem Kommandeur Josef ("Sepp") Dietrich (bis Juli 43) auch Sicherungsaufgaben und diente als Repräsentationsgarde des Dritten Reiches (u.a. Innendienst in der Reichskanzlei). Sie wurde am 9.11.33 auf Hitler persönlich vereidigt und so gegen die Verfassungsbestimmungen Privatarmee des Reichskanzlers.

Mit Unterstützung der Reichswehr übernahm sie in der Röhme-Affäre die Hauptaufgaben bei der Verhaftung und Liquidierung der SA-Führer in Bayern und Berlin. Ihr "Erfolg" bei dieser polizeistaatlichen Aktion führte zum Zusammenschluß mit den Politischen Bereitschaften zur SS-Verfügungstruppe, in deren Rahmen die LAH bis 1938 auf die Stärke eines motorisierten Infanterieregiments gebracht wurde.

Nach dem Polenfeldzug in die Waffen-SS eingegliedert, wurde die LAH 1940 Brigade und 1941 Division (9.9.42 SS-Panzer Grenadierdivision, Februar 44 1. SS-Panzerdivision). Sie galt in der Waffen-SS als Elitetruppe und machte durch oft überharte Kampfführung auf allen Kriegsschauplätzen von sich reden. Ihr Ende kam im April 45 in Österreich.<<

20.03.1933

Deutsches Reich: Am 20. März 1933 läßt Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Heinrich Himmler (x051/254-256): >>Himmler, Heinrich, geboren in München 7.10.1900, gestorben (bei) Lüneburg 23.5.1945, deutscher Politiker.

Himmler wuchs in einem katholisch-bürgerlichen Haus auf, der Vater war Gymnasiallehrer. Nach Notabitur Kriegsfreiwilliger, kam Himmler nicht mehr an die Front und studierte von 1919-22 Landwirtschaft an der TH München; Abschluß mit Diplom, anschließend Landwirtschaftlicher Assistent in Schleißheim.

Konservativ geprägt, suchte er mit dem Ehrgeiz des militärisch Zuspätkommenen im nationalen Kampfbund "Reichsflagge" Anschluß und Betätigung, stieß dann zur Hitler-Bewegung und nahm am Hitlerputsch als einer der Fahmenträger teil. In Hitlers persönliches Kraftfeld geriet er erst nach dessen Entlassung aus der Landsberger Festungshaft 1924. Vorgeprägt von Glaubensgeborgenheit als Lebensfundament, aber doch nicht gefestigt im Katholizismus, übertrug Himmler seine geistige Heimatsuche bedingungslos auf Hitler und die nationalsozialistische Weltanschauung. Mitentscheidend wurde hierbei der Berufsweg des Landwirts in einer Zeit, in der sich der Blut-und-Boden-Mythos in nationalen Kreisen stark entwickelte.

Himmler fand Zugang zur bündischen Bewegung der Artamanen und wurde 1925 Gauführer darin. Die allgemeinen nationalsozialistischen Ideen von Volk und Rasse fanden für den Mittzwanziger in den Elementen landsässiger Kultur, Brauchtum, Höherzüchtung, Auslese und Neogermanentum konkrete Anwendung und Anschaulichkeit. Der Agrarfachmann wurde in den Denkkategorien seines erlernten Berufs zum Apostel rassischer Neubesinnung, aber weit mehr als sein Führer mit sektiererischem Einschlag. Wo Hitler nur allgemeine Ziele absteckte und Direktiven wies, ging Himmler mit pedantischer Genauigkeit und pädagogischem Eifer daran, die Richtlinien des Meisters mit Inhalt zu füllen.

Das Instrument dafür fand er in der Elitetruppe der Schutzstaffel (SS). Hervorgegangen aus der persönlichen Stabswache des Parteiführers (1921) innerhalb der paramilitärischen SA, führte die SS ihren Eigennamen ab 1925, blieb aber integraler Bestandteil der SA unter deren Führung.

Himmler, der zunächst mit allgemeinen Parteiaufgaben hervortrat – 1925: Geschäftsführer Gau Niederbayern, stellvertretender Gauleiter und Propaganda-Obmann Oberbayern-Schwaben –, wurde 1927 zum stellvertretenden Reichsführer SS ernannt. Die SS umfaßte nur wenige hundert Mann. Doch Himmlers organisatorisches Talent, sein Fleiß, die ideologische Unbeirrtheit, unbedingte Führertreue und skandalfreie Lebensführung mußten frühzeitig auffallen und ihn für Beförderungen qualifizieren. Schon 1929 wurde er (der dritte und zugleich letzte) Reichsführer SS.

Himmler wollte sein rassisches Idealbild in der SS verkörpert sehen. Seine Richtlinien für Auswahl und Nachwuchs legten strenge "arische" Kriterien fest: nach Abstammung, "erbbiologischer" Gesundheit, Wuchs, Gesichtsschnitt. Der leidenschaftliche Personalpolitiker Himmler prüfte am liebsten selber Paßbilder mit der Lupe, so wenig sein eigener Typus (mittelgroß, dunkelhaarig, kurzsichtig, fliehendes Kinn) nordischen Idealanschauungen entsprach. Das Bewußtsein des Elitecharakters der SS ließ Himmler hochmütig herabblicken auf die grob-biedereren Straßenkämpfernaturen, die das Normalbild in der SA ausmachten. Gleichwohl zeigen ihn die Fotos der frühen 30er Jahre loyal, mit undurchdringlichem Gesichtsausdruck, im zweiten Glied hinter dem SA-Führer Röhm.

Die Wende des Jahres 1933 bedeutete für Himmler zunächst keinen Aufstieg, der mit dem sichtbaren Vorankommen der anderen Hitler-Granden vergleichbar war. Er wurde Polizeipräsident in München. Doch mit Umsicht und vorausplanender Weitsicht nutzte er die Chance

zielstrebig; denn hier hatte er einen Zipfel staatlicher Exekutive gefaßt. Von München aus unterwarf er sich die politische Polizei erst Bayerns, dann aller deutschen Länder mit Ausnahme Preußens, wo Ministerpräsident Göring die Geheime Staatspolizei (Gestapo) unter eigener Kontrolle hielt. Himmlers rechte Hand wurde Heydrich, der ab 1931 den SS-internen Sicherheits- und Nachrichtendienst (SD) aufbaute.

1934 ernannte Göring Himmler zum stellvertretenden Chef der Gestapo in Preußen. Dieser Schlüsselposten eröffnete Himmler und Heydrich den Eintritt ins Machtzentrum. Zugleich gab er ihnen Gelegenheit, die schwelende Röhm-Affäre zur Reife zu bringen. Mit eigens zubereitetem Material überzeugten sie Hitler von angeblichen Putschabsichten der SA. Nach Röhm's Beseitigung wurde die SS aus der Vormundschaft der nun domestizierten SA gelöst und zur selbständigen Organisation (25.7.34) erhoben.

Dem ersten entscheidenden Schritt in die Machtelite des Dritten Reiches folgte der zweite am 17.6.36, als dem Reichsführer außerdem die gesamte Polizei im Reich unterstellt wurde (Titel: Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei). Damit hatte Himmler zusätzlich zu seiner inzwischen 50.000 Mitglieder zählenden SS den ganzen staatlichen Sicherheitsapparat in der Hand. Ein alles durchdringendes Kontroll- und Überwachungssystem war ihm verfügbar geworden bzw. entstand jetzt in konsequentem Ausbau der Machtmittel.

Himmler schuf einen Staat im Staate, ein wucherndes Gebilde verschlungener Kompetenzen, zwischen denen Himmlers bürokratischer Verstand den vollen Durchblick und sein Machtinstinkt die uneingeschränkte Aufsicht behielt. Das Imperium der SS reichte von den Nachwuchsanstalten (Junkerschulen) und Aufzuchtstätten (Lebensborn) über das Millionenheer der Ordnungspolizei bis zum gewaltigen Komplex der Konzentrationslager (KZ) unter der Befehlsgewalt der Totenkopfverbände.

Jedes der SS-Hauptämter, vom persönlichen Stab des Reichsführers bis zum Ressort "Festigung des deutschen Volkstums" (dies erst im Krieg), war einem Obergruppenführer unterstellt, Himmlers Generalität. Inmitten der Riesenmaschinerie rotierte leise und besonders effektiv der Motor, den Heydrich bediente. Seinem Ressort, dem Reichssicherheitshauptamt, unterstanden u.a. der Sicherheitsdienst (SD) sowie die Sicherheitspolizei mit den Abteilungen Kripo und Gestapo.

Mit Kriegsbeginn dehnte Himmler seinen tiefgestaffelten Herrschaftsapparat auf die besetzten Gebiete aus und erfaßte dabei mit besonderer Intensität den Osten. Erst jetzt zeigte sich Himmler im vollen Licht seiner Doppelnatur, die der Hitlers glich: Programmierer und Vollstrecker in einer Person.

Einerseits dachte er Hitlers Gedanken "von sich aus zu Ende, besaß aber auch ... die Macht, sie in die Wirklichkeit umzusetzen: Das bestimmt seinen Rang und seinen Standort in der Hierarchie des Dritten Reiches" (Fest). Ideologisch zutiefst durchdrungen, übte er Macht nicht um ihrer selbst willen aus, sondern glaubte, eine Mission zu erfüllen, und glich auch darin Hitler. Der Kampf im Osten war für beide der Weltanschauungskampf gegen slawische und jüdische "Untermenschen".

Dieses Sendungsbewußtsein erklärt, daß Himmler ohne inneren Zwiespalt sowohl sittliche Ideale predigen und zugleich Millionen Menschen vernichten lassen konnte (Einsatzgruppen, Endlösung). Er versuchte, seine SS-Männer in vielen (geheimen) Reden gegen alle Skrupel des Tötens zu härten, und unterschrieb ohne Hemmung Todesurteile, wenn seine Leute sich an jüdischem Eigentum bereicherten.

So war "König Heinrich", wie die Anhänger ihn nannten (die Spötter sagten "Reichsheini"), der Tugendwächter der SS und zugleich der größte Organisator des Massentötens, den die Weltgeschichte kennt. Das Ineinander von Ausrottungspolitik und rechtlichem Denken verdichtete sich in dem beispiellosen Satz (Oktober 43 in Posen): "Wenn die Ausrottung nicht scheußlich und so furchtbar für uns wäre, dann wären wir ja keine deutschen Menschen."

In der Ämterhäufung ähnelte Himmler fast Göring. Nachdem er 1939 zusätzlich Reichskommissar für die "Festigung des deutschen Volkstums" geworden war, kam 1943 das Innenministerium dazu, nach dem 20.7.44 der Befehl über das Ersatzheer: So konzentrierte sich seine Energie, als der Großraum Osten schon wieder verloren war, erneut auf das innere Reich, hierbei besonders auf die Verfolgung der Verschwörer nach dem Zwanzigsten Juli 44 und auf die Mobilisierung letzter Kampfesreserven, auch des Volkssturms.

1945 versagte der kriegsunerfahrene SS- und Polizeichef, als er nacheinander zwei Heeresgruppen führte. Geheime Waffenstillstandsbemühungen gegenüber dem Westen kamen Hitler zu Ohren, der seinen bisher unbedingt ergebenen Gefolgsmann im politischen Testament aller Ämter entthront und aus der Partei ausstieß.

Himmler schlug sich nach Flensburg durch, wo ihn die Regierung Dönitz aber als Belastung abwies. Beim Versuch, verkleidet durch die britischen Linien zu entkommen, wurde Himmler festgenommen und beging Selbstmord.<<

21.03.1933

Deutsches Reich: Am 21. März 1933, 62 Jahre nach der Eröffnung des ersten Reichstages des "Zweiten Deutschen Reiches" im Jahre 1871, eröffnet das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Deutschen Reiches".



Abb. 65 (x296/129): Hitler begrüßt Hindenburg am 21.03.1933 bei einem Staatsakt in Potsdam.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 22.03.2008) über das Dritte Reich (x887/...): >>Wann war das Dritte Reich?

... Von wann bis wann existierte das Dritte Reich. Von 1933 bis 1945, werden viele sagen und vielleicht ergänzen, von der Machtergreifung am 30. Januar 1933 bis zur Kapitulation am 9. Mai 1945. Leider unrichtig, wie zu zeigen ist. Außerdem ist Hitlers Bestellung zum Reichskanzler nicht "die Machtergreifung", denn die war ein Vorgang, der lange vor 1933 begonnen hatte und sich danach noch fortsetzte. Bis alle gleichgeschaltet oder ausgeschaltet waren.

Begonnen haben kann das Dritte Reich erst nach dem Ende des Zweiten Reiches - doch wann war das? Ebenfalls eine schwierige Frage. Der Anfang hingegen ist eindeutig: Das Zweite Reich, das "Wilhelminische Deutschland", begann am 18. Januar 1871, als König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

Ebenso eindeutig sind die Eckdaten beim "Ersten Reich", auch "Altes Reich" genannt. Es be-

gann am 2. Februar 962, als der zum deutschen König gewählte Sachsenherzog Otto I. von Papst Johannes XII. in Rom zum Kaiser gekrönt wurde. Dieses Reich ist später als "Sacrum Imperium" belegt, dann als "Sacrum Romanum Imperium" - Heiliges Römisches Reich - und am Beginn der Neuzeit wurde "deutscher Nation" hinzugefügt. Es endete am 6. August 1806, als Kaiser Franz II. die Reichskrone niederlegte. Er hatte bereits 1804 das Erzherzogtum Österreich zum Kaisertum gemacht und war Kaiser Franz I. von Österreich geworden. Aber durfte der Kaiser das Reich beenden? Ob er durfte oder nicht - er mußte, auf Druck Napoleons.

Das Alte Reich war kein Nationalstaat, nicht einmal ein Staat im modernen Sinn - und schon lange vor Napoleon nur mehr eine Fiktion. Goethe läßt in Auerbachs Keller den einen Saufkumpfan ein Spottlied auf dieses Reich anstimmen. Ein anderer bringt ihn zum Schweigen: "Ein garstig Lied! Pfui! Ein politisch Lied." Aber das wahrhaft Garstige war der dynastische Egoismus deutscher Fürsten, der das Reich in den Untergang trieb und die Anrainer zum Raub von Reichsgebiet einlud.

Das Erste Reich nannte sich nie "Erstes Reich", denn kein Reich nimmt an, daß danach noch eines kommt. Auch das Zweite Reich nannte sich nicht "Zweites Reich", denn für die allermeisten war es keine Wiedergeburt des Ersten Reiches. Es war ein weltliches Reich, keines "von Gottes Gnaden", und es verkörperte nur die "kleindeutsche Lösung", war also eher ein "großpreußisches Reich".

Woher stammen dann die Ausdrücke "Erstes Reich", "Zweites Reich", "Drittes Reich" und "Tausendjähriges Reich"? Sie kommen allesamt aus der Religion. Sie hängen zusammen mit dem "Millenarismus" (lateinisch) oder "Chiliasmus" (griechisch), mit dem Glauben an die Wiederkunft des Messias. Für "Drittes Reich" steht auch "Tausendjähriges Reich" - wobei "tausendjährig" nach Ablauf des ersten Jahrtausends nicht mehr wörtlich genommen wurde, sondern soviel wie "ewig" bedeuten sollte.

Erstmals in politischem Sinn verwendete diese Ausdrücke der deutsche Kulturhistoriker und Politiktheoretiker Arthur Moeller van den Bruck in seinem Buch "Das dritte Reich" (1923). "Parteigenosse" war er keiner und er starb schon 1925. Ob man ihn als "Wegbereiter" bezeichnen kann, ist Geschmackssache, aber sicher erleichterte er die Arbeit nationalsozialistischer Ideologen.

"Drittes Reich" und "Tausendjähriges Reich" paßten trefflich in das mythisch-mystische Gedankengebäude, das der religionsartigen Überhöhung einer durchaus weltlichen Politik diene. "Drittes Reich" wird heute zwar pauschal für die NS-Zeit verwendet, war aber nicht mehr als ein Schlagwort der Propaganda. Es hatte nie ein Territorium und war nie ein Völkerrechtssubjekt.

Eines ist noch offen: Wann endete das Zweite Reich? Sicher nicht 1918, wie das die Nationalsozialisten sahen. Denn 1918 wie 1933/34 änderte sich jeweils nur die Regierungsform. 1938 entstand ein "Großdeutsches Reich", das beinahe den großdeutschen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts entsprach. Aber auch wenn im "Anschluß-Gesetz" (RGBl Nr. 28 vom 18.3.1938) "Großdeutsches Volksreich" steht - völkerrechtlich blieb es wie 1918 das "Deutsche Reich".

Der Ausdruck "Drittes Reich" war jetzt nicht mehr erwünscht und ab 10. Juli 1939 auf Weisung von Goebbels den Medien sogar untersagt. "Großdeutsches Reich" findet sich im Gesetz zur Einverleibung der Rest-Tschechoslowakei (RGBl Nr. 47 vom 16.3.1939) und in anderen amtlichen Texten. Jener Erlaß der Reichskanzlei, der das Deutsche Reich auch formell in "Großdeutsches Reich" umbenannte (RK 7669 E vom 26. Juni 1943), wurde aber nicht mehr publiziert. "Großdeutsches Reich" stand nur auf den Briefmarken.

Anders als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde das Deutsche Reich nie durch irgendeinen Formalakt für beendet erklärt - nicht durch die Kapitulation, nicht durch die Besatzungsmächte, nicht durch Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen

Demokratischen Republik, ja nicht einmal durch den "Zwei-Plus-Vier-Vertrag". So wurde die Bundesrepublik zwar Rechtsnachfolgerin des nie für tot erklärten Reiches - mit allen daraus erwachsenen Nachteilen. Friedensvertrag gibt es aber keinen. Und auch Österreich hat nur einen "Staatsvertrag" mit Einschränkungen der Souveränität, darunter das "Anschlußverbot".<<

Am 21. März 1933 sind 1,5 Millionen Deutsche Mitglieder der NSDAP (x032/34).

23.03.1933

Deutsches Reich: Während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages legt Reichskanzler Hitler am 23. März das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen kann, läßt Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), läßt Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.

Am 23. März 1933 stimmen die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt ist und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchtert und massiv bedroht.

Vor dem Berliner Reichstag schreien am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76):
>>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<

Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnen, stimmt das Zentrum (73 Sitze) aufgrund von Hitlers mündlichen Zusagen, die er später jedoch nie einlöst, zu. Am 23. März 1933 wird das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gibt es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.

Die gesetzlosen NS-Terroristen beenden ihren erfolgreichen Staatsstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102).

Die Tageszeitung "DIE WELT " berichtet am 22.03.2013 über den NS-Staatsstreich vom 23. März 1933: >>März 1933 - Die größte Stunde der Sozialdemokraten

Vor 80 Jahren beförderte sich der Reichstag selbst in die Bedeutungslosigkeit. Vier Fünftel der Abgeordneten stimmten Hitlers Ermächtigungsgesetz zu. Nur die SPD verweigerte sich vollständig.

Die Kulisse ist einschüchternd: Tausende Braunhemden stehen an den Bürgersteigen im Regierungsviertel und demonstrieren, daß Berlins Straßen längst ihnen gehören. Es ist der 23. März 1933, ein Donnerstag, gegen Mittag. Um die Krolloper genau gegenüber des teilweise ausgebrannten Reichstages stehen so viele SA- und SS-Leute in Uniformen, daß sich manche Abgeordneten in Zivil auf dem Weg zum Ausweichsitz des deutschen Parlaments mühsam durch die Gruppen der Hitler-Anhänger drängen müssen. Dann folgen Polizeikontrollen und Durchsuchungen nach Waffen; eingelassen wird nur, wer sich ausweisen kann.

Aggressivität liegt in der Luft. Prominente Abgeordnete demokratischer Parteien, die per Auto ankommen, werden angezischt, mitunter angerempelt. Mehrere Sozialdemokraten erleben, daß Nazis ihnen die Hüte vom Kopf schlagen. Es geht um viel, denn auf der Tagesordnung steht das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das alle nur "Ermächtigungsge-

setz" nennen. Denn genau um eine "Ermächtigung" der Regierung geht es: Wenn der Reichstag dem Entwurf des Kabinetts Hitler zustimmt, sind die Parlamentarier fortan macht- und bedeutungslos.

Vor der Krolloper spricht man über eine offizielle Mitteilung des Reichsinnenministers Wilhelm Frick. Der NSDAP-Politiker hat angekündigt: "Falls sich irgendeine Fraktion gegen die Annahme des Gesetzes sperrt, wird sie selbst die Folgen zu tragen haben, da dann selbstverständlich nicht mit, sondern gegen den Reichstag regiert wird." Je nach politischer Haltung wird Fricks Drohung entweder lauthals gelobt oder leise verdammt.

Ende des parlamentarischen Systems

Die Anhänger und Abgeordneten der demokratischen Parteien, des katholischen Zentrums, der zu Splittergruppen marginalisierten Liberalen und der SPD, sind empört über so unverhohlene Worte aus dem Mund eines ehemaligen Polizeibeamten. Doch offen dagegen protestieren? Gefährlich angesichts der Übermacht von Hitler-Anhängern rund um den Sitzungsort - und nutzlos.

Im provisorisch zum Plenarsaal hergerichteten Zuschauerraum des Vergnügungspalastes stehen ebenfalls reihenweise Braunhemden, zusätzlich zu den fast ausnahmslos uniformierten Abgeordneten der NSDAP. Über dem Podest mit den Plätzen der Stenografen, dem Rednerpult und dem Platz des Reichstagspräsidenten hängt eine riesige Hakenkreuzfahne. Sie zeigt unmißverständlich, wer jetzt das Sagen hat in Deutschland.

Zusammen mit ihrem Koalitionspartner, der reaktionären Deutschnationalen Volkspartei, verfügt die Hitler-Bewegung über 340 der insgesamt 647 Sitze - also eine bequeme Mehrheit, jedenfalls ausreichend für eine stabile Regierung. Doch genau das will Adolf Hitler nicht: mit einer parlamentarischen Mehrheit regieren. Statt dessen verlangt der Kanzler, daß der Reichstag mit verfassungsändernder Zwei-Drittel-Mehrheit seine Kompetenz zur Gesetzgebung an das Kabinett überträgt - und damit, durch die Richtlinienkompetenz des Regierungschefs, letztlich an sich persönlich.

Spiele mit der Geschäftsordnung

Für 14 Uhr ist die erste Parlamentssitzung für diesen Tag angesetzt, bei der offiziell der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes eingebracht werden soll und außerdem Hitler seine erste Rede im deutschen Parlament überhaupt halten will. Dann sind drei Stunden Beratungspause vorgesehen, bevor das Gesetz in allen drei Lesungen auf einmal durchgepeitscht werden soll. Über das Ergebnis sind sich Hitler und sein Innenminister Frick schon vorab sehr sicher: Für den Abend ist zusätzlich der Reichsrat einberufen, die Vertretung der Länder, die gegen ein bereits beschlossenes Gesetz noch ihr Veto einlegen können.

Mit nur fünf Minuten Verspätung eröffnet Reichstagspräsident Hermann Göring die Sitzung. Vor der eigentlichen Tagesordnung braucht er noch die Zustimmung der Parlamentarier zu einer scheinbar schlichten Änderung der Geschäftsordnung: Unentschuldig abwesende Abgeordnete sollen fortan ausgeschlossen und ihre Mandate eingezogen werden können. Natürlich empfiehlt der zuständige Geschäftsordnungsausschuß mit seiner Mehrheit aus NSDAP und DNVP die Annahme der Vorlage, und das Plenum folgt diesem Votum überwiegend - per Aufstehen.

Die Abgeordneten der SPD bleiben sitzen. Denn sie wissen, welche Folgen der Antrag hat: Dutzende gewählte Abgeordnete hat die von Hitler-Anhängern kontrollierte Polizei in den vergangenen Wochen rechtswidrig festgesetzt. Und wer als prominenter Kommunist oder Sozialdemokrat in die Hände der regulären Polizei geraten ist, hat sogar noch Glück. Viel schlimmer nämlich ist es jenen Hitler-Gegnern ergangen, die sich plötzlich in Folterkellern oder improvisierten Lager der Schlägertrupps SA und SS wiedergefunden haben.

KPD-Abgeordnete wurden verhaftet

Alle 81 gewählten KPD-Abgeordneten bleiben der Sitzung fern - sie sind entweder verhaftet,

liegen zusammengeschlagen in Krankenhäusern oder sind untergetaucht, manche auch schon ins Ausland geflüchtet. Durch den Geschäftsordnungsbeschluß werden ihre Mandate eingezogen. Schlagartig steigt die Mehrheit der NSDAP-DNVP-Koalition von bisher knapp 53 Prozent der Abgeordneten auf mehr als 60 Prozent.

Aber auch jeder fünfte der 120 SPD-Parlamentarier kann an diesem Tag nicht in die Krolloper kommen. 26 Abgeordnete sitzen im Gefängnis oder haben sich durch Flucht der Verhaftung entzogen. Mancher Sozialdemokrat, wie der langjährige preußische und Reichsinnenminister Carl Severing, ist erst eigens für die Abstimmung im Reichstag aus rechtswidriger Haft entlassen worden. Nicht ohne den "Rat", er werde sehr schnell wieder "eingesammelt", wenn er im Reichstag "falsch" abstimme. Dann könne er "etwas erleben".

Wie ernst solche Ankündigungen zu nehmen sind, weiß Severing: Nur fünf Tage zuvor ist in Günzburg der SPD-Reichstagsabgeordnete Otto Geiselhart unter mysteriösen Umständen im Gefängnis gestorben - entweder durch Selbstmord aus Angst vor weiteren Quälereien oder bei einem als Suizid getarnten Mord.

Für die 94 Sozialdemokraten im Plenarsaal gibt es trotzdem keine Diskussion: Dem Ermächtigungsgesetz zustimmen werden sie auf keinen Fall. Unklar ist nur noch, wie deutlich sie ihre Ablehnung formulieren. Denn wer gegen Hitler offen das Wort ergreift, den kann das unmittelbar das Leben kosten. Davor schützen auch die internationalen Diplomaten und Korrespondenten nicht, die sich auf den Besuchertribünen im Rang der Krolloper eingefunden haben.

Hitler hält seine Jungfernrede

Nun ruft Göring den Reichskanzler auf, zu dessen Jungfernrede im Parlament. Wie auf Befehl erheben sich die 288 NSDAP-Abgeordneten und schreien ihrem in Braun gekleideten Parteichef ein dreifaches "Heil!" entgegen. Hitlers Regierungserklärung ist eine wilde Attacke auf die zugrunde gegangene Weimarer Republik. Zudem verspricht er den noch unentschiedenen Abgeordneten des katholischen Zentrums und der liberalen Splitterparteien, die Befugnisse des Ermächtigungsgesetzes nur zum Wohle Deutschlands einzusetzen. Er braucht mindestens einige Dutzend ihrer Stimmen, um die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. Seit Tagen bearbeiten er und andere führende Nazis deshalb die die konfessionelle Partei.

Nach rund einer Stunde wird die Sitzung unterbrochen; nun wollen die Parteien intern beraten und festlegen, ob sie für oder gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen. In der Sitzung der 72 Zentrumsabgeordneten gibt es eine Kampfabstimmung, bei der 14 oder 15 Abgeordnete für "Nein" stimmen; fünf weitere enthalten sich. Erst nach einer längeren, erregten Debatte einigt sich die katholische Fraktion auf Zustimmung.

Ähnlich ist es bei der Deutschen Staatspartei mit ihren gerade fünf Parlamentariern. Zwar argumentiert der Abgeordnete Theodor Heuss vehement gegen das Ermächtigungsgesetz, doch kann er drei seiner Parteifreunde nicht überzeugen: Sie fürchten, bei einer Ablehnung genau wie bereits die Kommunisten und viele Sozialdemokraten festgenommen zu werden. Die Fraktionsdisziplin zwingt Heuss schließlich, gegen seine Überzeugung ebenfalls mit "Ja" zu stimmen.

SPD-Vorsitzender Wels wagt die Gratwanderung

Anders die SPD: In ihrer Fraktion besteht Einigkeit. Klar ist auch, daß der Vorsitzende Otto Wels sprechen wird, der bekannteste der drei gleichzeitig amtierenden SPD-Vorsitzenden und der einzige, der sich noch in Deutschland aufhält. Wels, kein rhetorisch hochbegabter Redner, weiß um die Ambivalenz seiner Erwiderung auf Hitler. Sie kann ihn das Leben kosten, wird aber den Lauf der Dinge kaum ändern. Er entscheidet sich, eine nüchterne Begründung für das "Nein" der SPD zu liefern. Er ahnt nicht, daß seine Rede und die anschließende Abstimmung die größte Stunde der SPD werden wird.

Unmittelbar nach Wiedereröffnung der Sitzung um 18.16 Uhr tritt Wels ans Rednerpult - und beginnt mit einem Lob für die außenpolitischen Forderungen der neuen Regierung. Hitler auf

der Regierungsbank und seine Anhänger im Plenum sind offensichtlich erstaunt. Geschickt leitet Wels über auf die innenpolitische Situation, für die ebenfalls gelte: "Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen!"

Dann spricht der SPD-Chef in seltsam leierndem Tonfall den entscheidenden Satz: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!" Wels bezieht klar Position gegen das Ermächtigungsgesetz, ohne die Nazis offen zu Gewaltakten provozieren. Eine Gratwanderung. Zunehmend ungläubig hört auf dem Platz des Reichskanzlers ganz links in der Regierungsbank Adolf Hitler zu. Fast hält es ihn nicht mehr auf seinem Stuhl, doch er kann vor so vielen Besucher aus dem Ausland den Redner nicht einfach unterbrechen und vom Pult verjagen.

"Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten"

Otto Wels schließt seine knapp siebenminütige Rede mit den Worten: "Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft." Dann räumt er das Pult.

Fast schneller als Parlamentspräsident Göring ihm das Wort erteilen kann, springt Hitler auf, um zu antworten. Sarkastisch ruft er Wels und dessen Fraktion zu: "Spät kommt ihr, aber ihr kommt!" Das Schiller-Zitat löst bei den uniformierten NSDAP-Abgeordneten heftiges Gelächter aus. Der Kanzler redet sich in Fahrt, beschuldigt die SPD wüst und erntet dafür einen Beifallssturm seiner Anhänger nach dem anderen. In diesem Moment wird vielen der 94 Sozialdemokraten schwummerig: Ist es wirklich eine gute Idee, nach dieser offenen Konfrontation auch noch mit "Nein" zu stimmen?

Hitler macht in seiner Ansprache klare Ansagen: "Ich möchte nicht in den Fehler verfallen, Gegner bloß zu reizen, statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen!" Seine wilde, spontane Tirade gipfelt in den Worten: "Ich kann Ihnen nur sagen: Ich will auch gar nicht, daß Sie dafür stimmen! Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!"

Göring peitscht die Abstimmung durch

Es folgen noch vier kurze Ansprachen, in denen Vertreter von Zentrum, Bayerischer Volkspartei, Christlich-sozialem Volksdienst und Staatspartei ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz begründen, dann peitscht Hermann Göring die formal nötigen Schritte der Gesetzgebung durch. Es folgt die entscheidende, die namentliche Abstimmung. Nacheinander werfen die Abgeordneten ihre Stimmkarten in die vorgesehenen Urnen. Carl Severing tut es mit einer ebenso provozierenden wie fatalistischen Geste: Mit der "Nein"-Karte in der erhobenen Rechten geht von seinem Platz durch die Reihen der SA- und SS-Leute zur Abstimmung.

Zu seiner eigenen Überraschung hat das keine unmittelbaren Folgen: Er wird nicht verhaftet, nicht verprügelt, nicht einmal am Verlassen der Krolloper gehindert. Severing flüchtet nicht, sondern bleibt - überwacht und finanziell schlecht gestellt, aber ansonsten unbehelligt - in Deutschland.

Otto Wels dagegen muß im Mai 1933 dem immer stärkeren Druck der Nazis weichen und geht nach Prag, später nach Paris, wo er 1939 stirbt. Seine Rede am 23. März 1933 und das mutige Verhalten seiner 93 Fraktionskollegen aber wird zu Recht zum Beispiel für aufrechten Gang von Demokraten im Angesicht einer Diktatur.<<

Der NS-Staatsstreich vom 23. März 1933

Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat

völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Hitler wußte, daß eine Zwangsherrschaft grundsätzlich nicht der Mentalität des deutschen Volkes entsprach und daß er unter "normalen Bedingungen" niemals demokratische Abstimmungen und Wahlen gewonnen hätte, deshalb mußten sofort alle möglichen Gegner des NS-Regimes beseitigt werden (Einrichtung von Konzentrationslagern etc.).

In jener Zeit gab es natürlich auch Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft.

Die meisten Deutschen wollten jedoch lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhält von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Der britische Botschafter Horace Rumbold (1869-1941) schreibt später an Außenminister John Simon über den NS-Staatsstreich (x092/866): >>Die Revolution hat sich im ganzen milde vollzogen. Obwohl zweifellos viele Menschen ermordet, eingekerkert oder mißhandelt wurden und Deutschlands guter Namen im Ausland ernsthaft gelitten hat, so hätte der Übergang doch blutiger sein können.

Die meisten Revolutionen sind von einer Terrorherrschaft begleitet, besonders wenn ein großer Teil des Volkes den Versuch unternimmt, auf seinem Kurs zu verharren. Im gegenwärtigen Fall bestand eine derartige Opposition nicht, und die Revolution hätte sich ganz friedlich und ohne alles Blutvergießen vollziehen können, wenn ihre Urheber entsprechend gesonnen gewesen wären. Dies war, wie wir wissen nicht der Fall.

Desungeachtet muß zugebilligt werden, wenn wir uns die Drohungen der Nationalsozialisten vor ein oder zwei Jahren ins Gedächtnis zurückrufen, daß die Opposition verhältnismäßig glimpflich davongekommen ist. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das "Ermächtigungsgesetz" (x051/157-158): >>Ermächtigungsgesetz, am 23.3.33 unter der Bezeichnung "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom Reichstag mit 444 gegen 94 Stimmen beschlossenes und tags darauf in Kraft getretenes Reichsgesetz.

Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte nur die SPD. Es gab der Reichsregierung das Recht, Gesetze, inklusive Haushaltsgesetze, zu beschließen (Art. 1). Sie konnten von der Weimarer Verfassung abweichen (Art. 2) und statt vom Reichspräsidenten vom Reichskanzler ausgefertigt werden (Art. 3). Verträge des Reiches mit anderen Staaten bedurften nicht mehr der Ratifizierung durch das Parlament (Art. 4).

Das zunächst bis zum 1.4.37 befristete, 1937 (bis 1.4.41) und 1939 (bis 10.5.43) durch Beschluß des Reichstages, 1943 durch Führererlaß auf unbestimmte Zeit verlängerte Ermächtigungsgesetz setzte grundlegende Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaates außer Kraft (Gesetzgebungsrecht des Parlaments, Gebot der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen) und schränkte die Rechte des Reichspräsidenten ein. Zusätzlich mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33 bildete es die gesetzliche Grundlage für die Errichtung der nationalsozial-

stischen Diktatur und legalisierte diese.

Zwar wurde das Ermächtigungsgesetz mit der vorgeschriebenen 2/3-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Reichstagsabgeordneten verabschiedet, in Wirklichkeit aber war nicht nur sein Inhalt, sondern auch das Zustandekommen verfassungswidrig:

Schon die Wahlen (5.3.) zum Reichstag waren nur noch bedingt frei,

Verhaftungen und andere Schikanen hielten zudem alle 81 KPD- und 26 der 120 SPD-Abgeordneten von der Sitzung am 23.3. fern,

bewaffnete SA- und SS-Wachen waren zur Einschüchterung potentieller Gegner des Ermächtigungsgesetzes im Saal aufgezogen.

So lehnte nur die SPD das Ermächtigungsgesetz ab, während das Zentrum (73 Sitze) erst nach langem Zögern zustimmte, nachdem Hitler (mündlich) Zusagen hinsichtlich einer nur beschränkten Anwendung des Ermächtigungsgesetzes (u.a. Sicherung der Rechte von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident sowie der Kirchen) gemacht hatte, die er aber nie einlöste.<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schreibt später über den Terror des NS-Regimes im März 1933 (x129/35-36): >>Das Wahlergebnis vom 5. März bildete den Ausgangspunkt für die binnen einer Woche durchgeführte Gleichschaltung derjenigen Länder, die bisher noch nicht unter nationalsozialistischer Führung standen. Die Ausschaltung des föderativen Gegengewichts gegen die in Berlin etablierte Hitler-Regierung war indessen auf dem Verordnungswege allein, selbst unter Bezug auf die Reichstagsbrand-Verordnung, schwerlich in Kürze zu erreichen. Hier zum erstenmal bedurfte es in entscheidendem Maße des Druckes der nationalsozialistischen Bewegung von unten.

Damit aber kam im März 1933 rasch eine terroristisch-revolutionäre Bewegung in Gang, die bald auf der ganzen Linie die der NSDAP durch die Regierungsbildung vom 30. Januar noch gezogene Machtgrenze durchbrach und die Entwicklung zur nationalsozialistischen Alleinherrschaft zunächst auf der Straße weitgehend usurpierte, ehe diese dann auch formell legalisiert wurde.

Unterstützt durch die ihnen nun auch außerhalb Preußens zugewiesenen hilfspolizeilichen Befugnisse, besetzten SA- und SS-Kommandos Rathäuser, Zeitungsredaktionen, Gewerkschaftsbüros, Konsumgenossenschaften, aber auch Finanzämter, Banken und Gerichte u.a.m., beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände und erzwangen die Absetzung oder Festnahme "unzuverlässiger" oder jüdischer Amtspersonen. Unter dem Druck des öffentlichen Umschwungs, des Straßenterrors und der ultimativen Forderungen der nationalsozialistischen Verbände setzte in nahezu allen Behörden eine Welle von Zwangsbeurlaubungen und kommissarischen Neubesetzungen ein.

War der durch die Reichstagsbrand-Verordnung geschaffene Ausnahmezustand zunächst vor allem in Preußen fühlbar geworden, wo SA- und SS-Hilfspolizei schon in der Woche vor der Reichstagswahl vielfach auf eigene Faust Jagd auf Kommunisten und andere Gegner gemacht hatte und zahlreiche weitere Personalveränderungen vor allem in leitenden Positionen der Polizei erzwungen worden waren, so kam es jetzt überall zu ähnlichen Erscheinungen. Die Personalunion zwischen der Führung der lokalen Kampfverbände der NSDAP und der Führung der staatlichen Polizei pervertierte die "Ordnungsaufgabe" der Polizeigewalt mehr und mehr zum terroristischen Instrument der Partei.<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...

Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im

Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte. Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.

Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Errichtung der NS-Diktatur (x057/231-232): >>Die eigentliche "nationale Revolution" begann erst nach den Reichstagswahlen vom März 1933. Sie brachte der Koalition eine knappe Mehrheit von 52 Prozent. Nach einem Staatsakt in Potsdam folgte das Ermächtigungsgesetz. Mit großer Mehrheit (444 gegen 94 Stimmen der SPD – die KPD war nach dem Reichstagsbrand ausgeschaltet -) erteilte der Reichstag dem Reichskanzler die Vollmacht, Gesetze auch ohne Reichstag und Reichspräsidenten zu erlassen. ...

Nun begann schlagartig der Aufbau der Diktatur, begleitet von Verboten, Verfolgungen und Auflösungen (Judenboykott, Auflösungen der Gewerkschaften und Parteien). Darauf folgte das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und das Reichsstatthaltergesetz.

Damit war ein Einheitsstaat geschaffen, nachdem später auch die Landtage und der Reichsrat aufgelöst wurden. Das "Führerprinzip" des "Führers und Reichskanzlers", wie nunmehr der offizielle Titel lautete, war somit von der Partei auf den staatlichen Sektor übertragen worden (Einheit von Staat und Partei). Die NSDAP blieb als einzige Partei bestehen und sollte mit ihren zahlreichen Gliederungen, die schließlich alle Berufe und Gruppen des deutschen Volkes umfaßte, die "den Staat tragende Säule" bilden.

Eine Geheime Staatspolizei (Gestapo) und ein Sicherheitsdienst der Partei (SD) sollten die Sicherheit des Staates garantieren. Es begann im Laufe der Jahre eine Welle von Verhaftungen und Verfolgungen und Überwachung Andersdenkender mit den berüchtigten Konzentrationslagern (KZ) bis zu der grauenvollen Vernichtung der Juden, die seit den "Nürnberger Gesetzen" unter Ausnahmerecht gestellt waren. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-84) berichtet später über Hitlers "Nationale Revolution" (x063/578-579): >>Schon nach wenigen Tagen wurde aus der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine "Nationale Revolution" konstruiert. Man wollte eine Massenpsychose schaffen, um kraft revolutionären Rechts die eben beschworene Verfassung totalitär zu verändern. Die Mittel der Propaganda, der Presse und des Rundfunks waren bereits in nationalsozialistischer Hand.

Der Reichstagsbrand vom 27. Februar, von ihnen selbst in Szene gesetzt, gab dann den Vorwand zum Verbot nicht nur der kommunistischen, sondern schließlich jeder Opposition. Der Terror wurde, um eine paradoxe Ausdrucksweise zu gebrauchen, zum Verfassungsgrundsatz erhoben. Daß dies nötig war, liefert zugleich für die Geschichte den Beweis, daß das Regime, das sich in frevelhafter Anmaßung mit Deutschland gleichzusetzen wagte, niemals auf dem Willen des Volkes ruhte.

Man sagt oft, die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 seien die letzten freien Wahlen gewesen. Aber auch sie fanden schon unter ungemeinem Druck statt. Dennoch erhielten die Nationalsozialisten nur 44 %. Zusammen mit ihren Bundesgenossen in der "Kampffront Schwarzweiß-rot" brachten sie es auf 52 % - genug, mit knapper Mehrheit eine Regierung zu bilden, aber bei weitem nicht für eine Änderung der Verfassung mit legalen Mitteln.

Also mußten sie mit anderen Kräften nachhelfen. Schon die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ging über alles hinaus, was der

Artikel 48 decken konnte. Am 23. März nahm der Rumpfreichstag (die Kommunisten und einen Teil der Sozialdemokraten hatte man eingesperrt oder am Besuch des Reichstages gehindert) das sogenannte Ermächtigungsgesetz an; alle noch anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Dieses "Gesetz" übertrug der Reichsregierung legislative Befugnisse, auch unter Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. ... Verfassungsrechtlich war das "Gesetz", da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, ohnehin null und nichtig. ...<< Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Errichtung der totalitären NS-Diktatur (x051/-368): >>(Machtergreifung) ... Der 30.1.33, von der NSDAP als "nationale Erhebung" und Beginn der "nationalsozialistischen Revolution" gefeiert, war in Wirklichkeit erst der Anfang der Machtergreifung: In den folgenden Monaten wurde in Deutschland die Demokratie endgültig beseitigt und in mehreren Etappen eine totalitäre Diktatur errichtet:

1. Schon im Februar begann unter Leitung Görings und mit Hilfe von SA und SS (ab 11.2. in Preußen "Hilfspolizei") die Ersetzung demokratischer durch nationalsozialistische Beamte, abgesichert durch das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.

2. Der Reichstagsbrand am 27.2. lieferte den Vorwand zum Verbot der kommunistischen und z.T. auch der sozialdemokratischen Presse und für die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2., die wichtige Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte. Tatsächliche und angebliche Gegner des Nationalsozialismus wurden in "Schutzhaft" genommen. Dies und die gleichzeitige Errichtung der ersten KZ sowie der Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4. markierten den Beginn des nationalsozialistischen Terrorsystems.

3. Schon am 1.2. war, aufgrund einer Vereinbarung bei Bildung der Regierung Hitler, der Reichstag aufgelöst worden. Obwohl der folgende Wahlkampf die Grundsätze einer freien Wahl verletzte (KPD faktisch verboten, Wahlwerbung insbesondere der SPD erheblich eingeschränkt), gewann die NSDAP "nur" 288 Sitze (von 647) und 43,9 %, so daß es zur absoluten Mehrheit nur zusätzlich mit der DNVP (52 Sitze) reichte. Am "Tag von Potsdam" am 21.3. wurde der neue Reichstag im Beisein des Reichspräsidenten feierlich und mit großem Pomp, der die Verbindung des alten (preußisch-monarchischen) mit dem neuen (nationalsozialistischen) Deutschland symbolisieren sollte, in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet.

4. Mit der Einsetzung von nationalsozialistischen Reichskommissaren als Leiter der Exekutive in den Ländern zwischen 5. und 10.3. begann deren Gleichschaltung. Das Deutsche Reich wurde Einheitsstaat.

5. Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3. beseitigte endgültig den Rechtsstaat.

6. Am 2.5. wurden die Gewerkschaften verboten, am 10.5. Arbeitnehmer und -geber in der Deutschen Arbeitsfront zwangsvereintigt.

7. Im Juni und Juli 33 wurden die noch bestehenden Parteien verboten oder lösten sich unter nationalsozialistischem Druck auf; die Neubildung von Parteien verbot das Gesetz vom 14.7. Das Deutsche Reich war ein Einparteienstaat geworden, durch Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" am 1.12.33 legalisiert.

8. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9. und das Schriftleitergesetz vom 4.10. leiteten die kulturelle Gleichschaltung ein.

9. Schon vorher war auch die Reichsregierung faktisch gleichgeschaltet worden: Die nicht der NSDAP angehörenden Minister waren ausgeschieden und durch Nationalsozialisten ersetzt worden, als neues Ministerium kam das Propagandaministerium hinzu.

10. Unter dem Vorwand einer angeblichen Verschwörung der SA ließ Hitler zwischen 30.6. und 2.7.34 Röhm und weitere SA-Führer sowie andere Mißliebige ermorden und schaltete so die SA als selbständigen Machtfaktor aus (Röhm-Affäre). An ihrer Stelle wurde die SS zur wichtigsten Stütze des Regimes.

10. Nach dem Tod Hindenburgs am 2.8.34 wurden noch am gleichen Tag per Gesetz die Äm-

ter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers als dem "Führer und Reichskanzler" vereinigt: Die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur war abgeschlossen.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtet am 22. Juni 2008 über die Machtergreifung der Nationalsozialisten: >>Letztes Bollwerk gegen das NS-Regime

Vor 75 Jahren erklären die Nationalsozialisten die SPD für verboten

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten und dem Ermächtigungsgesetz von März 1933 war das Deutsche Reich kein Rechtsstaat mehr. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften war im Mai eines der letzten Bollwerke gegen die NS-Terrorherrschaft gefallen. Im Juni wurde der Weg zum Einparteienstaat frei: Am 22. Juni erklärten die Nationalsozialisten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für verboten.

"22. Juni 1933. SPD aufgelöst. Bravo! Der totale Staat läßt nicht mehr lange auf sich warten." Er war - anders als es Joseph Goebbels in seinem Tagebuch vermerkte - sogar schon da, der totale Staat, in diesem Juni 1933. Gewiß, Adolf Hitler war erst am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden - zum Entsetzen mancher kritischer Zeitgenossen, wie etwa Sebastian Haffner:

"Eisiger Schreck! Dann schüttelte ich das ab. Am Abend diskutierte ich die Aussichten der neuen Regierung mit meinem Vater, und wir waren uns einig darüber, daß sie zwar eine Chance hatte, eine ganze hübsche Menge Unheil anzurichten, aber kaum eine Chance, lange zu regieren."

Doch das "Unheil" hatte einen rasanteren Verlauf genommen als sich viele vorzustellen vermochten. Denn Hitler und seine Partei hatten zunächst vor allem ein Ziel vor Augen: die vollkommene Auslöschung des verhaßten "Systems von Weimar". Zu diesem "System" gehörten in erster Linie die Parteien im allgemeinen und die linken im besonderen.

Allein bis Mitte März 1933 befanden sich über 7.000 Sozialdemokraten und Kommunisten, darunter der Parteichef der KPD, Ernst Thälmann, in Haft, andere waren ermordet worden, in den Untergrund abgetaucht oder im Exil.

Spätestens nach der Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 war das Deutsche Reich kein Rechtsstaat mehr. Bereits im Mai folgte die Zerschlagung der Gewerkschaften. Am 22. Juni schließlich erklärte der NS-Innenminister Wilhelm Frick:

"Die Vorgänge der letzten Zeit haben den unumstößlichen Beweis dafür geliefert, daß die deutsche Sozialdemokratie vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückschreckt. Dies alles zwingt zu dem Schluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine staats- und volksfeindliche Partei anzusehen, die keine andere Behandlung mehr beanspruchen kann, wie sie der Kommunistischen Partei gegenüber angewandt worden ist."

In dieser Situation blieb vielen SPD-Mitgliedern, vor allem den noch im Lande befindlichen Abgeordneten der Partei, nur die Flucht - wenn sie möglich war, wie etwa im Falle des aus Regensburg stammenden Reichstagsabgeordneten Josef Felder:

"Und ... am 22. in der Früh, brachte mein Bruder, der Hochtourist ist, und bei dem ich da diese eine Nacht verbracht hatte, ... die 'Münchener Neuesten Nachrichten' mit dem großen Aufruf, der großen Erklärung, Frick, Parteiverbot, in großen Lettern: 'Die Partei ist verboten!' und so weiter."

Zu diesem Zeitpunkt hielt sich Felder versteckt bei seinem Bruder in München auf - der die Flucht schon insgeheim geplant hatte:

"Und da - das hatte mein Bruder schon vorbereitet, der sagte schon immer, das kommt alles, das kommt alles, ihr werdet nimmer lang Abgeordnete sein. Der hatte vorbereitet: einen Rucksack mit Steigeisen und Kletterseil und alles. Und da hat er gesagt: Für dich gibt es nur noch eine Möglichkeit, Flüchten über die Berge. Normal kommst du nicht mehr hinaus."

Josef Felder gelang die Flucht "über die Berge" nach Österreich. In Wien agitierte er unter einem Tarnnamen weiter gegen das NS-Terrorregime. Andere hatten weniger Glück.

Adolf Hitler aber konnte triumphieren. Das am 14. Juli 1933 erlassene "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" verlieh dem Einparteienstaat eine Schein-Legalität. Und ganz nebenbei wurde auch noch das angeblich "volks- und staatsfeindliche Vermögen" der SPD eingezogen. Vor dem Reichstag zog Hitler am 30. Januar 1934 eine vorläufige Bilanz:

"Nun, in einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution haben wir die Parteien gestürzt. Nicht nur ihre Macht gebrochen, nein, wir haben sie beseitigt und ausgelöscht aus unserem deutschen Volk. ... Siegreich hat sich in diesem Jahre über den Trümmern dieser versunkenen Welt erhoben die Kraft des Lebens unseres Volkes!"

Im Verlaufe des Jahres 1934 wurde - wie die illegale SPD-Zeitschrift "Sozialistische Aktion" beobachtet haben wollte - vielen Deutschen das Ausmaß der Katastrophe deutlich. Weiter heißt es:

"Täuschen wir uns aber nicht! Das, was wir jetzt in Deutschland erleben, ist nicht mehr als der Anfang, ehe wir den Irrsinn des Faschismus überwinden können."<<

24.03.1933

NS-Regime: Der "Völkische Beobachter berichtet am 24. März 1933 nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz (x023/27): >>Revolutionssstimmung herrschte im Reichstag, als der SPD-Führer Wels eine windelweiche Rede hielt, dabei aber noch die Dreistheit besaß, auch für die Sozialdemokratie Kampf um die deutsche Gleichberechtigung und Ehre in Anspruch zu nehmen.<<

25.03.1933

NS-Regime: Der Zentrums-Politiker Karl Bachem erklärt am 25. März 1933 (x243/45): >>Das Ermächtigungsgesetz ist also angenommen. ... Das Gesetz wäre selbst dann durchgegangen, wenn das Zentrum dagegen gestimmt oder ... sich enthalten hätte.

Hätte das Zentrum dagegen gestimmt, so wäre es wohl ... sofort zerschlagen worden, gerade wie die ... Sozialdemokratie. Alle Beamten, welche sich zum Zentrum bekennen, wären wohl sofort beseitigt worden. Im Reichstag (wären) ... die Zentrumsleute ... vielleicht sofort verprügelt und hinausgeschmissen worden, ... aber ohne, daß der katholischen Sache ... genützt worden wäre. ... Jede Möglichkeit einer Einflußnahme auf ihre (die Politik der NSDAP) wäre von vornherein unmöglich geworden. ...<<

28.03.1933

NS-Regime: Hitler ruft am 28. März 1933 alle NS-Parteioorganisationen zum Boykott (1. April 1933) der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...

(Hitler fordert) ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<

30.03.1933

NS-Regime: Goebbels berichtet am 30. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Der Rundfunk muß der Regierung die fehlenden 49 % zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 % halten, muß sie verteidigen, muß sie innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann.<<

31.03.1933

NS-Regime: Das erste "Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" (1. Gleichschaltungsgesetz) wird am 31. März 1933 erlassen. Alle Landtage und kommunalen Selbstverwaltungsorgane sind danach aufzulösen und nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933 neu aufzustellen.

März 1933

NS-Regime: Ein Zeitzeuge berichtet über die "Beschränkungen der persönlichen Freiheit" ab März 1933 (x191/59-60): >>In diesen Märztagen entstanden die Konzentrationslager ...

Nach den Berichten von Beamten und Freunden trat die SA mit eigenen "Vernehmungsstellen" in Berlin selbst in eine grauenvolle Tätigkeit ein. In den einzelnen Stadtteilen entstanden "Privatgefängnisse". – Dort waren die Fußböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Folterknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden.

Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gepreßt worden, um ihnen "Geständnisse" zu erpressen.

Die "Vernehmungen" hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen.

... Es gab kein Stöhnen und Klagen mehr, nur starres Warten auf das Ende oder auf neue Prügel.<<

"Wilde SA- und SS-Lager" werden zu Konzentrationslagern (KZ)

Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager (KZ), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten. Im Jahre 1933 ließ Himmler bei Dachau (Oberbayern) und in Oranienburg (Provinz Brandenburg) die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" (leerstehende Fabriken oder Lagerhallen) errichten. Später inhaftierte man auch Kriminelle (Berufs- und Gewohnheitsverbrecher), "Vorbeugungshäftlinge" und "Volksschädlinge" ("Arbeitsscheue", Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zigeuner und andere) in den NS-Konzentrationslagern. Politische Häftlinge und kriminelle Elemente wurden ab 1938 nicht mehr getrennt, sondern bewußt vermischt.

Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern (KZ). Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung". Von 1938-44 entstanden im NS-Reich z.B. folgende Konzentrationslager "erster Ordnung": Stutthof (bei Danzig), Neuengamme (bei Hamburg), Ravensbrück (bei Fürstenberg/Havel, ein Frauenlager), Bergen-Belsen (bei Fallingb., Landkreis Celle), Buchenwald (bei Weimar), Groß-Rosen (Niederschlesien), Flossenbürg (Landkreis Neustadt/Waldnaab), Natzweiler (im Elsaß), Dachau (bei München), Mauthausen (bei Linz), Woltersdorf (bei Wien).

Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

Ein Schüler, der mit seiner Klasse das neuerrichtete KZ Buchenwald besichtigen darf, berichtet später (x191/62-63): >>Unter den Eingesperrten hatte ich einen Weimarer Pfarrer erkannt, er hatte völlig zerfetzte Kleider an, war kahl geschoren und hatte hohle Wangen. Er trug Holzpantinen an den Füßen.

Ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Wenige Monate vorher hatte er noch in Weimar auf den Stufen des Thüringischen Landesmuseums gestanden, auf denen nach seiner Idee eine riesiger "Christbaum für alle" errichtet worden war. ...

Die Weimarer liebten ihn sehr wegen seiner seelsorgerischen Arbeit, er hatte Nähstuben für alte Frauen und Wärmestuben für Arbeitslose eröffnet und Weihnachten Hunderte von Gabenpaketen an Notleidende verteilt. ...

Als ich zu Hause von meiner stummen Begegnung berichtete, nannte Vater mir den Grund für seinen Aufenthalt im Konzentrationslager:

Der Pfarrer hatte nicht zugeben wollen, daß seine Liebestätigkeit von der Nationalsozialisti-

schen Volkswohlfahrt abgelöst wurde. ...

Der "Christbaum für alle" mußte heimlich und bei Nacht aufgestellt werden. Am Weihnachtstag selbst getraute sich niemand, diesen Baum zu entfernen, aber nach der Mitternachtsmette und nachdem sich die Menschen zerstreut hatten, waren zwei Schwarzuniformierte erschienen, hatten den Pfarrer in ein Auto gepackt und nach Buchenwald eingeliefert.<<

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schreibt später über die "Schutzhaft" des NS-Regimes (x051/525-527): >>Schutzhaft, vor dem Ersten Weltkrieg geschaffene Institution zur polizeilichen Verwahrung von Personen.

In Preußen stützte man sich bei der Verhängung von Schutzhaft zunächst auf das Allgemeine Landrecht (Artikel 10 II 17). Eine weitere Regelung erfolgte in Preußen durch das Polizeiverwaltungsgesetz vom 1.7.31. Danach konnten Personen in polizeiliche Verwahrung genommen werden, wenn das zu ihrem Schutz oder zur Beseitigung einer bereits aufgetretenen Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden polizeilichen Gefahr erforderlich und die Beseitigung der Störung und die Abwehr der Gefahr auf andere Weise nicht möglich war. Allerdings mußten die Häftlinge dann spätestens im Lauf des folgenden Tages entlassen werden (Ausnahme: gemeingefährliche Geistesranke).

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die Möglichkeit der Inschutzhaftnahme bedeutend erweitert: Die "Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4.2.33 (RGBl. I, S. 35) gab der Polizei die Befugnis einer längeren Inhaftierung ohne richterlichen Haftbefehl. Der Verhaftete konnte jedoch - neben der Dienstaufsichtsbeschwerde - den Amtsrichter des Vollstreckungsbezirkes anrufen. Außerdem setzte die Haft die Begehung strafbarer Handlungen (unbefugtes Führen von Waffen u.a.) voraus und war auf längstens drei Monate begrenzt.

Die Verordnung verlor ihre Bedeutung mit dem Erlaß der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33. Nach ihr war die Inhaftierung zeitlich unbegrenzt möglich und dem Verhafteten standen gegen sie keinerlei Rechtsbehelfe mehr zur Verfügung.

Ursprünglich richtete sie sich gegen kommunistische Bestrebungen im weitesten Sinn, worunter aber schließlich alles verstanden wurde, was dem Regime mißfiel. So wurden z.B. auch lästige evangelische und katholische Geistliche, Zentrumsangehörige, Sozialisten, Gewerkschaftler, Zeitungsverleger, Journalisten, Alkoholiker, Asoziale, Arbeitsscheue, Unterhaltspflichtverletzer, "unsoziale" Fabrikanten oder Angehörige von flüchtigen Regimegegnern (Sippenhaft) nach dieser Verordnung eingesperrt. Der Haftgrund des Schutzes der eigenen Person des Häftlings - etwa gegen die "Empörung" der Bevölkerung - spielte dagegen in der Praxis eine untergeordnete Rolle.

Die Schutzhaftgefangenen wurden anfangs in Polizeigefängnissen und Strafanstalten untergebracht, und da diese bald völlig überfüllt waren, in alten Fabriken oder anderen Haftlagern, den frühen Konzentrationslagern, die fast alle 1933-35 wieder aufgelöst wurden, festgehalten. Eine letzte große Verhaftungswelle ging nach der sogenannten Röhms-Affäre (30.6.34) durch Deutschland. Danach übernahm die SS auch die Kontrolle der meisten bis dahin von SA-Hilfspolizisten bewachten Lager.

1933 wurden u.a. folgende Zahlen von Schutzhaftgefangenen in der Presse veröffentlicht: Bis April in Bayern etwa 5.400 Personen und im ganzen Reich etwa 16.000 Personen, bis Oktober in Preußen etwa 15.000 Personen. Dabei muß jedoch einmal berücksichtigt werden, daß aus Propagandagründen wahrscheinlich herabgesetzte Zahlen bekannt gegeben wurden, zum anderen dürften - wie in Nachkriegsurteilen festgestellt - die Innenministerien bei den zahlreichen Verhaftungen, die von allen möglichen Partei- und Polizeidienststellen vorgenommen wurden, kaum zutreffende Berichte über die Häftlingszahlen erhalten haben.

Unmittelbar nach der Machtübernahme und nach der Reichstagsbrandverordnung kam es darüber hinaus in zahlreichen Fällen zu völlig willkürlichen und eigenmächtigen Verhaftungen

(etwa durch SA- und SS-Männer, die sich an politischen Gegnern rächen wollten), bei denen die Verhafteten teilweise in schnell improvisierte sogenannte "wilde" KZ (alte Feldscheunen, Schuppen, leerstehende Hallen, Hinterzimmer u.a.) gebracht und dort oft schwer mißhandelt oder sogar getötet wurden.

Frühe KZ zur Vollstreckung von Schutzhaft waren: Ahrensböök (Schleswig-Holstein), Ankenbuck (Baden), Augustusburg (Sachsen), Bad Sulza (Thüringen), Benninghausen (Kreis Lippstadt), Bornim bei Potsdam, Brandenburg an der Havel, Brauweiler bei Köln, Breitenau (Hessen-Nassau), Bremen-Ochtumsand (auf einem Schiff), Bremerhaven ("Langlütjen"), Breslau-Dürrgoy, Chemnitz und Colditz (Außenkommandos von Sachsenburg), Columbia-Haus in Berlin (erst 5.11.36 aufgelöst), Dresden (Gefängnis), Dresden-Drachenberge (zu Sachsenburg), Fuhlsbüttel (Hamburg), Gollnow (Pommern), Gotteszell bei Schwäbisch Gmünd, Hainewalde (Sachsen), Hainichen (Sachsen), Hammerstein (Posen-Westpreußen), Heuberg bei Stetten am Kalten Markt (Württemberg), Hohenstein (Sachsen), Kemna, Kislau (Baden), Königstein (Sachsen), Leipzig (Frauen-KZ im St.-Georg-Krankenhaus), Leschwitz bei Görlitz, Lichtenburg, Moringen (Kreis Northeim), Oranienburg, Osthofen bei Worms, Quedenau (Ostpreußen), Reichenbach (Vogtland), Roßlau (Anhalt), Sachsenburg (erst Sommer 37 aufgelöst), Sonnenburg (Neumark), Stettin-Bredow, Taufkirchen (Bayern), Ulm-Kuhberg und Garnisons-Arresthaus, Werden (Rheinprovinz), Wittmoor (Hamburg), Zschochau (Sachsen), Zwickau (Sachsen).<<

Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schreibt später über die "Konzentrationslager" (KZ) des NS-Regimes in den Jahren 1933-1938 (x051/325): >>Konzentrationslager. Die ersten KZ gab es im Burenkrieg (1901); sogenannte concentration camps wurden von den Engländern als Internierungslager für Zivilgefangene eingerichtet.

Im nationalsozialistischen Deutschland dienten sie seit 1933 zur Inhaftierung und Umerziehung aller "mißliebigen Elemente" (wie Kommunisten, Sozialisten, Zentrumsangehörige, Geistliche u.a.) und zur Zwangsarbeit.

Entstanden sind die KZ im Zuge der Verhaftungswelle nach der Machtübernahme 1933, die dazu führte, daß die Gefängnisse in kurzer Zeit völlig überfüllt waren und zusätzlicher Haftraum benötigt wurde. Die wesentliche Rechtsgrundlage für die Inhaftierung bildete die Reichstagsbrandverordnung. Die Haft wurde als vorbeugende Polizeimaßnahme bzw. Schutzhaft gegenüber staatsfeindlichen Elementen bezeichnet. Rechtsbehelfe gegen sie waren nicht zugelassen.

Die ersten KZ wurden teils von staatlichen Stellen (Polizeibehörden u.a.), teils aber auch eigenmächtig von SA und SS in leerstehenden Fabriken, Lagerhallen u.a. eingerichtet. Diese "wildern" KZ (Schutzhaft) verschwanden in der Folgezeit nach und nach, die Leitung und Bewachung der anderen Lager blieb in den Händen der vom Staat als Hilfspolizei eingesetzten SA und SS und ging nach der Röhm-Affäre (30.6.34) allein auf die SS über.

Das Modell für alle KZ wurde Dachau, dessen Lagerkommandant Eicke, der am 4.7.34 zum "Inspekteur der KZ" ernannt wurde, am 1.10.33 eine Lagerordnung erlassen hatte, die bei der Einrichtung der anderen Lager als Muster diente.

Ein KZ hatte danach jeweils fünf Abteilungen, nämlich Kommandantur (I), politische Abteilung (II), Schutzhaftlager (III), Verwaltung (IV) und Lagerarzt (V). Die politische Abteilung (II) war praktisch ein Außenposten der jeweiligen örtlichen Gestapo mit einem Gestapobeamten als Leiter. Sie führte Vernehmungen durch und war für die Häftlingskartei, die Häftlingsakten u.a. zuständig.

Der Schutzhaftlagerführer (bei großen Lagern gab es neben dem ersten einen zweiten Schutzhaftlagerführer) war auch Vertreter des Kommandanten. Ihm unterstanden der oder die Rapportführer, diesem die Blockführer. Ferner unterstanden ihm der Arbeitseinsatzführer und die Kommandoführer. Im Schutzhaftlager (III) waren die Häftlinge untergebracht.

Die Disziplin der SS-Angehörigen in den Lagern war meist schlecht. Selbst schwere Bestrafungen (Todesstrafen) durch SS-Gerichte änderten daran nichts Grundlegendes.

Parallel zur SS-Organisation wurde später eine Häftlingsselbstverwaltung eingerichtet, an deren Spitze der oder die Lagerältesten standen, gefolgt von den Blockältesten der einzelnen Baracken und dem Stubendienst. Funktionshäftlinge (Schreiber, Häftlingsärzte, Leichenträger u.a.) waren mit den verschiedensten Arbeiten im Lager betraut. In den Arbeitskommandos waren sie als Kapos und Vorarbeiter eingesetzt. Meist waren es Kriminelle oder politische Häftlinge, zwischen denen ein ständiger offener oder versteckter Kampf um die besten Positionen im Lager stattfand.

Neben dem SS-Personal des Lagers selbst gab es zur Außenbewachung des Lagers SS-Wachtruppen, "SS-Wachverbände", später Totenkopfverbände genannt.

Während zunächst in den KZ nur politische Schutzhäftlinge inhaftiert waren, ging man später – u.a. zur Diskriminierung der politischen Gefangenen – dazu über, entsprechend dem Erlaß des Reichsjustizministeriums vom 14.12.37 sogenannte "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, Asoziale" u.a., die als polizeiliche Vorbeugungshäftlinge bezeichnet wurden, in die Lager einzuweisen. Zusammen mit den Juden und "Zigeunern", den Homosexuellen und den Ernsten Bibelforschern (Zeugen Jehovas), den sogenannten Arbeitsscheuen (Himmler-Erlaß vom 26.1.38) und Personen, die ihre gerichtlich verhängten Strafen bereits verbüßt hatten oder die angeblich zu Unrecht freigesprochen worden waren, waren damit schon frühzeitig verschiedene Kategorien von Häftlingen in den KZ inhaftiert. ...<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat berichtet später über die Kennzeichnung der verschiedenen KZ-Häftlingsgruppen (x129/67): >>Die verschiedenen Häftlingskategorien wurden in den Lagern besonders gekennzeichnet. Das schon in den Jahren vor dem Krieg eingeführte einheitliche Schema bestand darin, daß das Stoffdreieck, das jedem Gefangenen auf die Häftlingskleidung aufgenäht wurde, je nach Häftlingskategorie in verschiedenen Farben angefertigt wurde: für politische Gefangene (rot), Bibelforscher (lila), Asoziale (schwarz), Kriminelle (grün), Homosexuelle (rosa) und für Emigranten (blau).

Jüdische Häftlinge mußten zusätzlich zu dem Farbdreieck ein gelbes Dreieck tragen, das so auf das Farbdreieck aufgenäht wurde, daß sich ein sechseckiger Zionsstern ergab. Ein zusätzliches Kennzeichen in Gestalt eines Querbalkens über dem Dreieck wurde für sogenannte rückfällige Häftlinge eingeführt. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Verfolgung der internationalen Glaubensgemeinschaft "Ernste Bibelforscher" (x051/158-159): >>Ernste Bibelforscher (Internationale Vereinigung Ernste Bibelforscher), 1870 von Charles Taze Russel (1852 bis 1916) gegründet und seit 1916 von Joseph F. Rutherford (1869-1942) geführte internationale Glaubensgemeinschaft, die die unmittelbar bevorstehende Wiederkehr Christi lehrt und in strenger Bibelauslegung jedes Handeln gegen den Sinn biblischer Verkündigung ablehnt.

Trotz der seit 1931 üblichen Eigenbezeichnung "Zeugen Jehovas" wurden sie allgemein weiter Ernste Bibelforscher genannt und von den Nationalsozialisten im Rahmen der Sektenverfolgung gleich nach der Machtergreifung als "Schrittmacher des Weltbolschewismus" kompromißlos bekämpft (Verbot Mitte 33).

Dazu trug der radikale Pazifismus der Ernsten Bibelforscher ebenso bei wie die Verweigerung des Deutschen Grußes und des Eides. Hinzu kam die Verkündigungspflicht jedes Mitglieds, die zu öffentlicher Werbung für die Ernsten Bibelforscher zwang und Kollisionen mit der Gestapo programmierte, der insbesondere die internationale Organisation ein Dorn im Auge war, die immer wieder gegen die Verfolgung der deutschen Ernsten Bibelforscher öffentlich Protest erhob. Als der Ernste Bibelforscher-Kongreß von Luzern (4.-7.9.36) eine solche Resolution telegraphisch an "Herrn Hitler" sandte, kam es zum Vernichtungsschlag der Regierung.

Nach dem Heimtückegesetz wurden von den insgesamt 6.034 (1933) Ernsten Bibelforschern

schließlich 5.911 verhaftet, verurteilt und nach Strafverbüßung in "KZ-Nachhaft" genommen. Über 2.000 der unbeugsamen Gläubigen überlebten die Torturen nicht.

Ihre Standhaftigkeit und Glaubensgewißheit provozierte Hohn ("Himmelskomiker", "Jordan-Scheiche") und schwere Mißhandlungen durch die Bewacher, paradoxerweise aber auch Bewunderung u.a. bei Himmler, der am 21.7.44 (!) in einem Brief an Kaltenbrunner erwog, die friedlichen, fleißigen, ehrlichen, antisemitischen und antikatholischen Ernsten Bibelforscher zur "Pazifizierung" des russischen Volkes im deutschen Herrschaftsgebiet heranzuziehen.<< "Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Sektenverfolgung" (x051/-534-535): >>Sektenverfolgung, Gesamtheit der Maßnahmen gegen die kleinen Religionsgemeinschaften im Dritten Reich, die im Gegensatz zu den beiden großen Kirchen keine Körperschaften öffentlichen Rechts waren.

Die Sektenverfolgung nahm daher z.T. erheblich dramatischere Formen an als der Kirchenkampf. Zwar standen die Sekten nach Artikel 137 der Weimarer Verfassung unter dem Schutz der Religionsfreiheit und konnten sich auf die im NSDAP-Programm geforderte Glaubensfreiheit berufen, doch hatten sie sonst keine über die Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts hinausgehenden Beziehungen zum Staat, mußten ihre Beiträge selbst erheben und konnten zusätzliche Einnahmen nur durch Spenden ausländischer Mitglieder oder den Verkauf von Druckschriften erzielen.

Hier setzten Behinderungen an, da v.a. die internationale Verflechtung vieler Gruppen den Argwohn der nationalsozialistischen Behörden weckte. Durch Devisenbeschränkungen und vereinsrechtliche Restriktionen wurden die wirtschaftlichen Grundlagen unterminiert und die Missionstätigkeit erheblich behindert.

Einen Schritt weiter in der Sektenverfolgung ging der Staat, wenn eine Religionsgemeinschaft die geforderte Loyalität vermissen ließ. Nach der "Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens" vom 19.12.32 (RGBl. I, S. 548) und der Reichstagsbrandverordnung wurde sie zur verbotenen Organisation erklärt, ihr Vermögen konfisziert und ihre Presse unterdrückt. Mitglieder, die sich weiterhin für ihre Gemeinschaft betätigten, wurden in Schutzhaft genommen.

Musterbeispiel für ihren Leidensweg war das Schicksal der Ernsten Bibelforscher (Zeugen Jehovas). Aber auch andere Sekten traf die volle Wucht der Sektenverfolgung. Dennoch bestanden einige Gruppierungen bis Kriegsende, weil sie durch Verwaltungsschikanen praktisch blockiert waren und sich ein Verbot erübrigte, wie im Falle der Quäker, oder weil die "Erhaltung harmloser Sekten" der erwünschten "Zersplitterung im kirchlich-religiösen Gebiet" dienlich schien. Auch völkische Gruppen wie die Deutsche Glaubensbewegung fielen der Sektenverfolgung anheim.<<